

Arbeitsakte

Akte JVEG Zeugenentschädigung – Dr. Sophia Berger / LG Tübingen

jveg-zeugin-berger-lg-tuebingen

Im Rechtsstreit Hartmann (als Insolvenzverwalter) gegen Vogt vor dem Landgericht Tübingen (Az. 7 O 118/23) – ein Verfahren über Schadensersatzansprüche aus Geschäftsführerhaftung mit einem Streitwert von ca. 380.000 EUR – wurde Dr. Sophia Berger, Wirtschaftsprüferin aus Barcelona, Spanien, als sachverständige Zeugin geladen. Dr. Berger war zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Vorgänge als exte

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (9)
Teil 2	CSV-Tabellen (2)
Teil 3	Excel-Tabellen (1)
Teil 4	Word-Dokumente (5)
Teil 5	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (4)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 00_aktenuebersicht.md

Aktenübersicht – JVEG Zeugenentschädigung Dr. Sophia Berger

Verfahren

Merkmal	Inhalt
Gericht	Landgericht Tübingen
Aktenzeichen	7 O 118/23
Sache	Hartmann (Insolvenzverwalter) ./.. Vogt
Streitgegenstand	Schadensersatz aus Geschäftsführerhaftung, Streitwert ca. 380.000 EUR
Verhandlungstag	17.02.2026 (Hauptverhandlung), Vernehmung Zeugin als 2. Termin
Zuständige Richterin	Fischer, Richterin am Landgericht
Bearbeiterin Geschäftsstelle	Frau Krämer (Durchwahl 07071/200-1247)

Zeugin

Dr. Sophia Berger, Wirtschaftsprüferin, wohnhaft Carrer de Mallorca 215, 3^o 2^a, 08008 Barcelona (Spanien). Dr. Berger war zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Vorgänge als externe Revisionsbeauftragte für die Vogt GmbH tätig. Sie wurde im Rahmen des Klageverfahrens als sachverständige Zeugin zur Frage der tatsächlichen Kenntnis des Beklagten Vogt von der Überschuldungssituation geladen.

Die Zeugin hat ihren Lebensmittelpunkt seit 2019 dauerhaft in Barcelona. Eine Anreise nach Tübingen ist ausschließlich auf dem Landweg oder mit Zwischenlandung möglich; eine direkte Flugverbindung Barcelona – Stuttgart mit Weiterfahrt per Mietwagen ist alternativ möglich, jedoch nach Auffassung des Gerichts nicht zwingend günstiger.

Entschädigungspositionen (Übersicht)

Fahrtkosten (§ 5 Abs. 2 JVEG)

Einfache Strecke Barcelona–Tübingen: ca. 1.250 km (Eigenfahrzeug). Der erstattungsfähige Kilometersatz für Zeugen beträgt nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG 0,35 EUR je gefahrenem Kilometer. Für die Hin- und Rückfahrt (2.500 km Gesamtstrecke) ergibt sich ein Fahrtkostenanspruch von **875,00 EUR**. Das Gericht hat diesen Betrag ausdrücklich als erstattungsfähig anerkannt (Schreiben vom 27.01.2026).

Übernachungskosten (§ 6 JVEG)

Wegen der Fahrtzeit von ca. 13 Stunden je Strecke ist eine Anreise am Vortag und Abreise am Folgetag der Verhandlung notwendig, sodass **zwei Übernachtungen** in Tübingen anfallen. Erstattungsfähig sind

notwendige Übernachtungskosten bis zu einer Obergrenze von 80,00 EUR pro Nacht (§ 6 JVEG), mithin maximal **160,00 EUR**. Die Zeugin hatte 200,00 EUR veranschlagt; der über 160,00 EUR hinausgehende Betrag ist nur erstattungsfähig, wenn belegt wird, dass kein Zimmer im Rahmen der Obergrenze verfügbar war.

Verdienstausschlag (§ 22 JVEG)

Dr. Berger ist selbständige Wirtschaftsprüferin. Sie macht einen Verdienstausschlag für 24 Stunden zu je 22,00 EUR netto, insgesamt **528,00 EUR**, geltend. Der gesetzliche Höchstbetrag liegt nach § 22 JVEG bei 25,00 EUR je Stunde. Der angemeldete Stundensatz liegt unterhalb dieser Grenze. Zur Festsetzung sind gemäß § 22 Satz 2 JVEG geeignete Unterlagen vorzulegen (Gewerbebeanmeldung, betriebswirtschaftliche Auswertung o. Ä.), aus denen sich der tatsächliche Verdienstausschlag ergibt. Die Belege müssen in deutscher Sprache vorliegen oder übersetzt sein.

Vorschussantrag (§ 3 JVEG)

Mit Schreiben vom 17.01.2025 beantragte die Zeugin einen Vorschuss auf Fahrtkosten und Übernachtungskosten in Höhe von **1.075,00 EUR** (875,00 EUR Fahrtkosten + 200,00 EUR Übernachtung). Das Gericht lehnte den Vorschuss mit Schreiben vom 27.01.2026 ab und begründete dies mit fehlender Bedürftigkeit, da die Zeugin ein Tageseinkommen von 176,00 EUR netto erziele. Diese Begründung greift rechtlich zu kurz: § 3 JVEG knüpft die Vorschusspflicht an erhebliche und voraussichtlich entstehende Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen, nicht an eine Bedürftigkeit der Zeugin. Bei 2.500 km Gesamtstrecke ist die Erheblichkeit evident.

Verfahrensstand

Datum	Ereignis
17.01.2025	Vorschussantrag Zeugin Berger
27.01.2026	Ablehnungsschreiben LG Tübingen (Richterin Fischer)
23.02.2026	Schriftsatz des Bevollmächtigten (Vorschuss-/Festsetzungsantrag)
17.02.2026	Verhandlungstermin mit Zeugenvernehmung
offen	Festsetzung der Zeugenentschädigung durch Rechtspfleger
offen	Ggf. Erinnerung nach § 4 JVEG gegen Festsetzungsbeschluss

Kernproblem dieser Akte

Das Gericht hat den Vorschussanspruch zu Unrecht auf die Bedürftigkeit der Zeugin gestützt. § 3 Abs. 1 JVEG setzt lediglich voraus, dass erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen voraussichtlich entstehen. Eine darüber hinausgehende wirtschaftliche Notlage ist kein Tatbestandsmerkmal. Die Ablehnung des Vorschusses ist damit fehlerhaft begründet und angreifbar. Der Festsetzungsantrag nach §§ 19–21 JVEG sowie eine mögliche Erinnerung nach § 4 JVEG stehen bereit, um die Zeugenentschädigung gerichtlich durchzusetzen.

Datei: 03_pruefvermerk_vorschuss.md

Prüfvermerk – Vorschussanspruch nach § 3 JVEG

Verfasser: Rechtsanwalt Klotzkette, Tübingen

Datum: 28.01.2026

Aktenzeichen intern: KB/2026/0047

Verfahren: LG Tübingen, 7 O 118/23 (Hartmann ./ . Vogt)

Betreff: Bewertung des Ablehnungsschreibens vom 27.01.2026 und rechtliche Erfolgsaussichten

I. Sachverhalt

Mit Schreiben vom 17.01.2025 beantragte die als sachverständige Zeugin geladene Dr. Sophia Berger, Barcelona, beim Landgericht Tübingen einen Vorschuss auf ihre voraussichtliche Zeugenentschädigung. Die Zeugin begründete den Antrag mit der erheblichen Anreisestrecke (ca. 1.250 km einfache Strecke von Barcelona nach Tübingen) und den damit verbundenen Kosten für Fahrt und zwei notwendige Übernachtungen. Der Gesamtbetrag des Vorschussantrags belief sich auf 1.075,00 EUR (875,00 EUR Fahrtkosten + 200,00 EUR für zwei Übernachtungen).

Das Landgericht Tübingen wies den Antrag mit Schreiben der Richterin Fischer vom 27.01.2026 zurück. Als Begründung wurde angeführt, eine Vorschusszahlung komme "insbesondere mangels dargelegter Bedürftigkeit nicht in Betracht", da die Zeugin ein Tageseinkommen von 176,00 EUR netto erziele.

II. Rechtlicher Rahmen – § 3 JVEG

Normtext und Tatbestand

§ 3 Abs. 1 JVEG lautet in der aktuellen Fassung:

> **"Auf Antrag ist dem Berechtigten ein angemessener Vorschuss zu bewilligen, wenn ihm erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen entstehen."**

Die Norm enthält zwei kumulative Tatbestandsmerkmale:

1. **Antrag** des Berechtigten (= der Zeugin)
2. **Erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen**

Ein drittes Merkmal – insbesondere eine **wirtschaftliche Bedürftigkeit** – enthält § 3 JVEG nicht. Die Norm gewährt jedem Zeugen den Anspruch auf Vorschuss, sofern erhebliche Aufwendungen entstehen, unabhängig davon, ob er sich den Auslagenvorschuss aus eigenen Mitteln leisten könnte. Der Gesetzeszweck besteht darin, Zeugen nicht mit erheblichen Vorausleistungen zu belasten, die erst nach der Vernehmung erstattet werden.

Begriff der Erheblichkeit

Was unter "erheblich" zu verstehen ist, regelt das Gesetz nicht ausdrücklich. In der Literatur und Rechtsprechung wird Erheblichkeit regelmäßig bejaht, wenn die Fahrtkosten einen Betrag von ca. 25–50 EUR übersteigen. Im vorliegenden Fall betragen die Fahrtkosten allein 875,00 EUR – ein Vielfaches jeder diskutierten Erheblichkeitsschwelle. Die Erheblichkeit der Aufwendungen steht damit außer Zweifel.

III. Rechtliche Würdigung des Ablehnungsschreibens

Unzutreffende Begründung

Das Gericht stützt die Ablehnung auf das Fehlen einer "dargelegten Bedürftigkeit". Diese Anforderung findet im Gesetz keine Grundlage. § 3 JVEG differenziert nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Zeugin. Die Richterin Fischer hat damit ein Tatbestandsmerkmal in die Norm hineingelesen, das der Gesetzgeber nicht vorgesehen hat.

Der Hinweis auf das Tageseinkommen von 176,00 EUR mag im Zusammenhang mit der Frage relevant sein, ob ein Verdienstausschlag tatsächlich entstanden ist. Im Rahmen des Vorschussantrags für Fahrt- und Übernachtungskosten ist er hingegen nicht zielführend: Selbst eine gut verdienende Zeugin muss keine 875,00 EUR Fahrtkosten vorfinanzieren, um ihrer staatsbürgerlichen Zeugenpflicht nachzukommen.

Widersprüchlichkeit des Schreibens

Das Ablehnungsschreiben enthält einen inneren Widerspruch: Es erkennt einerseits ausdrücklich die Erstattungsfähigkeit von 875,00 EUR Fahrtkosten sowie zwei Übernachtungen zu je 80,00 EUR an, verweigert andererseits aber jeden Vorschuss auf diese anerkannten Beträge. Dies führt dazu, dass die Zeugin Aufwendungen von mindestens 1.035,00 EUR vorfinanzieren müsste – einen Betrag, der fast einem Monatsgehalt eines durchschnittlichen deutschen Arbeitnehmers entspricht.

Mögliche Gegenargumente

- **Arg. des Gerichts:** Die Zeugin erzielt ausreichend Einkommen und kann vorleisten.

Gegenmeinung: § 3 JVEG enthält kein Bedürftigkeitsmerkmal. Auch vermögende Zeugen haben Anspruch auf Vorschuss bei erheblichen Aufwendungen.

- **Arg.:** Barerstattung am Tag der Vernehmung ist möglich.

Gegenmeinung: Dieses Angebot setzt voraus, dass die Zeugin die Reisekosten zunächst selbst verauslagt. Genau das soll § 3 JVEG verhindern. Zudem besteht kein Rechtsanspruch auf Barzahlung am Verhandlungstag.

IV. Bewertung einzelner Positionen

Position	Betrag	Vorschuss-Eignung	Risikobewertung
Fahrtkosten (2.500 km × 0,35 EUR)	875,00 EUR	Hoch	Gering – Betrag gerichtlich anerkannt
Übernachtung (2 Nächte × 80,00 EUR)	160,00 EUR	Hoch	Gering – Notwendigkeit evident
Verdienstausschlag (24 h × 22,00 EUR)	528,00 EUR	Mittel	Mittel – Belege erforderlich
Vorschuss gesamt (ohne VE)	**1.035,00 EUR**	**Sehr hoch**	**Gering**

Der Verdienstausschlag sollte für den Vorschussantrag zunächst ausgeklammert werden, um den Fokus auf die unstreitigen Positionen Fahrt und Übernachtung zu lenken. Nach Vorlage geeigneter Belege (Gewerbeanmeldung, BWA) kann Verdienstausschlag separat festgesetzt werden.

V. Empfehlung

Die Ablehnung des Vorschusses ist in der Begründung rechtsfehlerhaft. Es wird empfohlen:

1. **Erneuter formeller Vorschussantrag** unter ausdrücklicher Berufung auf § 3 Abs. 1 JVEG und Zurückweisung des Bedürftigkeitsarguments.
2. **Beifügung der Routenberechnung** (Barcelona – Tübingen, 1.250 km einfach) als Anlage.
3. **Beschränkung auf Fahrtkosten und Übernachtung** (1.035,00 EUR) zur Minimierung von Angriffspunkten.
4. Hilfsweise: **Antrag auf sofortige Festsetzung** der Entschädigung nach §§ 19–21 JVEG bereits vor der Verhandlung, soweit die Positionen bereits feststehen.

Erfolgsaussichten: gut. Das Gericht hat keine tragfähige Rechtsgrundlage für die Ablehnung genannt.

Datei: 06_antwortbaustein.md

Antwortbaustein – Reaktion auf Ablehnungsschreiben LG Tübingen vom 27.01.2026

Typ: Schriftsatz-Entwurf / Argumentationshilfe

Verfasser: RA Klotzkette, für Dr. Sophia Berger

Datum des Bausteins: 29.01.2026

Bezug: Schreiben LG Tübingen, Az. 7 O 118/23, vom 27.01.2026 (Ablehnung Vorschuss)

A. Einordnung

Das Ablehnungsschreiben des Landgerichts Tübingen vom 27.01.2026 weist den Vorschussantrag der Zeugin Dr. Berger mit der Begründung zurück, eine Bedürftigkeit sei nicht dargelegt. Diese Begründung ist rechtlich unzutreffend. Der nachfolgende Baustein enthält die wesentlichen Argumente für eine schriftliche Reaktion – entweder als eigenständiges Schreiben der Zeugin oder als anwaltlicher Schriftsatz.

B. Argumentation zur Rechtswidrigkeit der Ablehnung

1. Kein Bedürftigkeitsmerkmal in § 3 JVEG

Die Ablehnung des Vorschusses sollte formell überprüft werden. § 3 Abs. 1 JVEG bestimmt, dass einem Zeugen auf Antrag ein angemessener Vorschuss zu bewilligen ist, wenn ihm **erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen** entstehen. Das Gesetz enthält keinerlei Einkommens- oder Vermögensgrenze. Insbesondere ist die wirtschaftliche Bedürftigkeit der Zeugin kein Tatbestandsmerkmal.

Der Verweis des Gerichts auf das Tageseinkommen von 176,00 EUR netto ist daher im Rahmen des Vorschussverfahrens rechtlich nicht tragfähig. Das genannte Einkommen mag im Rahmen der Prüfung eines Verdienstauffalls nach § 22 JVEG relevant werden – es schließt aber den Vorschussanspruch auf Fahrtkosten und Übernachtungskosten nicht aus.

2. Erheblichkeit der Aufwendungen

Bei einer einfachen Anreisestrecke von ca. 1.250 km (Barcelona–Tübingen) und einem Kilometersatz von 0,35 EUR nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG entstehen allein für die Fahrt **875,00 EUR**. Hinzu kommen zwei notwendige Übernachtungen mit einem Gesamtbetrag von bis zu **160,00 EUR** (bei 80,00 EUR je Nacht gemäß § 6 JVEG). Der Gesamtbetrag der voraussichtlich erstattungsfähigen Positionen – ohne Verdienstauffall – beläuft sich auf **1.035,00 EUR**.

Dieser Betrag übersteigt jede denkbare Erheblichkeitsschwelle im Sinne des § 3 JVEG bei Weitem. Die Notwendigkeit der Übernachtung folgt zwingend aus der Fahrtzeit: Eine Anreise von Barcelona nach Tübingen nimmt ca. 12–14 Stunden in Anspruch; eine Anreise am Verhandlungstag und Abreise am selben Tag sind zumutbar nicht möglich.

3. Widersprüchlichkeit der gerichtlichen Position

Das Landgericht Tübingen hat in seinem Schreiben selbst festgestellt, dass Fahrtkosten in Höhe von 875,00 EUR und Übernachtungskosten von bis zu 80,00 EUR je Nacht erstattungsfähig sind. Es anerkannte damit dem Grunde und der Höhe nach, dass der Zeugin Aufwendungen von mindestens 1.035,00 EUR entstehen werden. Es widerspricht sich, diese Aufwendungen einerseits anzuerkennen und andererseits jeglichen Vorschuss hierauf zu verweigern.

Der Hinweis, die Zeugin könne ihren Anspruch ggf. noch am Verhandlungstag bar ausgezahlt bekommen, macht den Mangel des Vorschusses nicht entbehrlich: Dieser Hinweis ist nicht verbindlich, setzt die vollständige Vorfinanzierung durch die Zeugin voraus und begründet keinen eigenständigen Anspruch auf Sofortauszahlung.

C. Hilfsantrag: Auf Fahrtkosten und Übernachtung beschränkter Vorschuss

Sollte das Gericht den Verdienstausschlag aus dem Vorschussverfahren heraushalten wollen, wird hilfsweise beantragt, den Vorschuss zumindest auf die unstreitig erstattungsfähigen Positionen zu begrenzen:

Position	Betrag
Fahrtkosten (2.500 km × 0,35 EUR, § 5 Abs. 2 JVEG)	875,00 EUR
Übernachtungen (2 × 80,00 EUR, § 6 JVEG)	160,00 EUR
Hilfsweiser Vorschuss gesamt	**1.035,00 EUR**

Der Verdienstausschlag (528,00 EUR, 24 h × 22,00 EUR nach § 22 JVEG) wird zurückgestellt, bis geeignete Belege vorgelegt wurden, und separat festgesetzt.

D. Formale Empfehlungen

Form: Schriftlich per Fax oder Einschreiben an die Geschäftsstelle, Az. 7 O 118/23, z. Hd. Frau Krämer (Durchwahl 07071/200-1247).

Anlagen: Routenberechnung Barcelona–Tübingen (Google Maps oder ähnlich), ggf. Hotelreservierungsbestätigung.

Ton: Sachlich, höflich, ohne Konfrontation. Das Ziel ist die Bewilligung des Vorschusses, nicht die Kritik an der RichterIn.

E. Musterformulierung (Kernabsatz)

> "Der Antrag auf Bewilligung eines Vorschusses nach § 3 JVEG wird aufrechterhalten. § 3 JVEG knüpft die Vorschusspflicht allein an das Entstehen erheblicher Fahrtkosten oder sonstiger Aufwendungen, nicht an eine wirtschaftliche Bedürftigkeit der Zeugin. Bei einer Gesamtstrecke von 2.500 km und erstattungsfähigen Fahrtkosten von 875,00 EUR ist die Erheblichkeit der Aufwendungen außer Zweifel. Der hilfsweise auf Fahrtkosten und notwendige Übernachtungskosten begrenzte Vorschuss von 1.035,00 EUR wird beantragt."

F. Verfahrensgang nach Ablehnung

Wird der Vorschussantrag erneut abgelehnt, besteht die Möglichkeit, im Rahmen des späteren Festsetzungsverfahrens (§§ 19–21 JVEG) Erinnerung nach § 4 JVEG einzulegen. Der Festsetzungsbeschluss des Rechtspflegers kann sodann mit der Beschwerde nach § 4 Abs. 3 JVEG angegriffen werden.

Datei: berechnung_zeugenentschaedigung_berger.md

Vorschau: berechnung_zeugenentschaedigung_berger

> Markdown-Vorschau der gleichnamigen XLSX-Datei. Berechnungen, Formeln und Formatierung nur im Original.

Sheet: Berechnung

Zeugenentschädigung nach JVEG – Berechnung

LG Tübingen · Az. 7 O 118/23 · Hartmann ./. Vogt · Zeugin: Dr. Sophia Berger

Verhandlungstag: 17.02.2026	Spalte 2	Spalte 3	Stand: 28.01.2026	Spalte 5
§ 5 Abs. 2 JVEG – Fahrtkosten (Eigenfahrzeug)				
Position	Eingabe	Satz / Einheit	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
Strecke einfach (Barcelona–Tübingen)	1.250	Eigenangabe Zeugin / Google Maps		§ 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG
Strecke gesamt (Hin- und Rückfahrt)	2.500	Berechnet		§ 5 Abs. 2 JVEG
Kilometersatz (EUR/km)	0,35	Gesetzlicher Zeugensatz		§ 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG
Fahrtkosten gesamt	875		875	§ 5 Abs. 2 JVEG
§ 6 JVEG – Übernachungskosten				
Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
Anzahl Nächte	2	Anreise Vortag, Abreise Folgetag		§ 6 JVEG
Beantragte Kosten je Nacht	100	Eigenangabe Zeugin		§ 6 JVEG
Kostenhöchstgrenze je Nacht	80	JVEG-Obergrenz e		§ 6 JVEG

Verhandlungstag: 17.02.2026	Spalte 2	Spalte 3	Stand: 28.01.2026	Spalte 5
Erstattungsfähig je Nacht		MIN(beantragt, Obergrenze)	80	§ 6 JVEG
Übernachungskosten gesamt		erstattungsfähig	160	§ 6 JVEG
§ 22 JVEG – Verdienstausschlag (Selbständige)				
Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
Vergütungsstunden (netto)	24	Anreisetag + Verhandlung + Rückfahrt		§ 22 JVEG
Stundensatz netto (EUR/h)	22	Eigene Angabe Zeugin		§ 22 JVEG
Gesetzl. Höchstsatz (EUR/h)	25	§ 22 JVEG Obergrenze 2026		§ 22 JVEG
Anerkennungsfähiger Satz		MIN(beantragt, Höchstsatz)	22	§ 22 JVEG
Verdienstausschlag beantragt		C23 × C24	528	§ 22 JVEG
Verdienstausschlag erstattf.		C23 × anerkennungsf. Satz	528	§ 22 JVEG
§ 20 JVEG – Zeitversäumnis (falls kein Verdienstausschlag)				
Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
Stunden Zeitversäumnis	24	Alternativ zu Verdienstausschlag		§ 20 JVEG
Stundensatz Zeitversäumnis	3,50	§ 20 JVEG (max. 3,50 EUR/h)		§ 20 JVEG
Zeitversäumnis gesamt		Alternativ – nur wenn kein VE	84	§ 20 JVEG
Zusammenfassung – Gesamtentschädigung				
Fahrtkosten	gesetzlich anerkannt		875	
Übernachungskosten (erstattungsfähig)	mit Belegen bis 160 EUR		160	

Verhandlungstag: 17.02.2026	Spalte 2	Spalte 3	Stand: 28.01.2026	Spalte 5
Verdienstausfall (erstattungsfähig)	mit Belegen §22 JVEG		528	
GESAMT (mit Verdienstausfall)	Gesamtanspruch		1.563	
GESAMT (ohne Verdienstausfall)	Vorschussfähige r Kern		1.035	
Hinweise und Vorbehalte				
1. Verdienstausfall nach §22 JVEG erfordert belastbare Belege (Gewerbeanmeldung, BWA). Ohne Belege entfällt diese Position.				
2. Kilometersatz 0,35 EUR gilt für Zeugen (§5 Abs. 2 Nr.1 JVEG, Stand 2026). Bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelten die tatsächlichen Kosten.				
3. Übernachungskosten werden nur bis zur Obergrenze von 80 EUR/Nacht erstattet; höhere Kosten bedürfen besonderer Begründung.				
4. Zeitversäumnis (§20 JVEG, max. 3,50 EUR/h) ist nur anzusetzen, wenn kein Verdienstausfall nachgewiesen werden kann.				

Sheet: Vorschuss §3 JVEG

Vorschuss-Prüfung nach § 3 JVEG

Az. 7 O 118/23 · Zeugin Dr. Sophia Berger · Schreiben LG Tübingen vom 27.01.2026

Tatbestandsmerkmal § 3 JVEG	Sachverhalt	Erfüllt?
Antrag des Berechtigten	Vorschussantrag v. 17.01.2025 liegt vor	JA
Erhebliche Fahrtkosten	875,00 EUR (2.500 km × 0,35 EUR) – weit oberhalb jeder Schwelle	JA
Sonstige erhebliche Aufwendungen	Übernachtung 160,00 EUR notwendig (13h Fahrtzeit)	JA
Bedürftigkeit der Zeugin	KEIN Tatbestandsmerkmal des § 3 JVEG	IRRELEVANT
Gerichtliche Ablehnung sbegründung tragfähig?	Nein – § 3 JVEG kennt kein Bedürftigkeitsmerkmal	NEIN
Erfolgsaussichten Vorschussantrag	Gut – alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt	GUT

Datei: erinnerung_jveg_paragraph4.md

Vorschau: erinnerung_jveg_paragraph4

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Rechtsanwalt Klotzkette

Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen Telefon: 07071 / 44 55 66

An das Landgericht Tuebingen

• Richter/in auf Erinnerung -

Doblerstrasse 14 72074 Tuebingen

Tuebingen, 10.03.2026

Erinnerung gegen den Festsetzungsbeschluss des Rechtspflegers vom 02.03.2026 (ss 4 Abs. 1 JVEG)

Verfahren / Antragstellerin

Dr. Sophia Berger, Carrer de Mallorca 215, 08008 Barcelona

• Zeugin im Rechtsstreit Hartmann ./ . Vogt, LG Tuebingen, Az. 7 O 118/23 -

vertreten durch Rechtsanwalt Klotzkette, Tuebingen

I. Angefochtener Beschluss

Der Rechtspfleger des Landgerichts Tuebingen hat die Zeugenenischaedigung der Antragstellerin mit Beschluss vom 02.03.2026 (Beschluss-Nr. 2026/47/RP) auf 1.035,00 EUR festgesetzt. Die beantragten Positionen Fahrtkosten (875,00 EUR) und Uebernachungskosten (160,00 EUR) wurden vollstaendig anerkannt. Der geltend gemachte Verdienstaussfall in Hoehe von 528,00 EUR wurde hingegen mit der Begrue ndung abgelehnt, die vorgelegte BWA belege keinen konkret entgangenen Auftrag.

Gegen die Nichtberuecksichtigung des Verdienstaussfalls richtet sich die vorliegende Erinnerung.

II. Zulaessigkeit

Die Erinnerung ist nach ss 4 Abs. 1 JVEG statthaft. Danach kann die Festsetzung der Verguetung oder Entschaedigung durch den Rechtspfleger vom Antragsteller oder von der Staatskasse mit der Erinnerung angefochten werden. Ueber die Erinnerung entscheidet das Gericht, also der Richter oder die Richterin, der/die das Verfahren fuehrt.

Frist: ss 4 Abs. 1 Satz 2 JVEG sieht keine ausdrueckliche Erinnerungsfrist vor. Der Beschluss vom 02.03.2026 wurde der Antragstellerin am 05.03.2026 zugestellt; die Erinnerung vom heutigen Tage ist damit rechtzeitig.

III. Begruendung

1. Anforderungen an den Nachweis des Verdienstauffalls

Nach ss 22 Satz 1 JVEG wird selbstaendig Erwerbstaetigen der tatsaechlich entstandene Verdienstaufall erstattet. Der Begriff des tatsaechlich entstandenen Verdienstauffalls wird in Rechtsprechung und Literatur nicht dahingehend verstanden, dass ein bestimmter Auftrag mit Datum und Kundennamen nachgewiesen werden muss. Ausreichend ist vielmehr, dass aus dem vorgelegten Zahlenmaterial auf die Hoehe des wahrscheinlich entgangenen Verdienstes geschlossen werden kann.

Das OLG Stuttgart hat in seiner Entscheidung vom 14.09.2021 (Az. 8 W 341/21) ausgefuehrt, dass bei Selbstaendigen ein Tagesdurchschnittswert aus der BWA als Grundlage der Schaetzung nach ss 287 ZPO (analog) herangezogen werden kann, sofern keine besonderen Umstaende fuer einen abweichenden Auftragseingang an den fraglichen Tagen sprechen. Eine derartige Schaetzungsgrundlage liegt hier vor.

2. Vorgelegte Belege

Die Antragstellerin hat vorgelegt:

- Gewerbeanmeldung (Anlage B-6)
- BWA Januar 2026 mit einem Nettoumsatz von 3.872,00 EUR, entsprechend einem Tageswert von ca. 176,00 EUR (22 Werktage), was einem Stundenwert von ca. 22,00 EUR bei 8 Arbeitsstunden je Tag entspricht (Anlage B-7)
- Erklaerung der Antragstellerin, dass fuer den 16. und 17.02.2026 keine Auftraege ausgefuehrt werden konnten (Anlage B-8)

Diese Unterlagen genuegen den Anforderungen des ss 22 JVEG. Der Rechtspfleger hat zu Unrecht einen hoeheren Nachweis verlangt.

3. Berechnung des Verdienstauffalls

Anreise- und Verhandlungstag umfassen zusammen 24 erstattungsfaeehige Stunden (ss 22 JVEG). Der Stundensatz von 22,00 EUR liegt unter der gesetzlichen Obergrenze von 25,00 EUR. Der Anspruch belaeuft sich auf: $24 \text{ h} \times 22,00 \text{ EUR} = 528,00 \text{ EUR}$

4. Anfechtungsgegenstand

Die Antragstellerin ficht die Nichtberuecksichtigung des Verdienstauffalls in Hoehe von 528,00 EUR an. Im Uebrigen (Fahrtkosten 875,00 EUR, Uebernachtung 160,00 EUR) ist der Beschluss vom 02.03.2026 nicht Gegenstand dieser Erinnerung.

IV. Antrag

Es wird beantragt, den Festsetzungsbeschluss des Rechtspflegers vom 02.03.2026 (Az. 7 O 118/23) dahingehend abzuaendern, dass der festgesetzte Betrag um 528,00 EUR auf insgesamt 1.563,00 EUR erhoeht wird.

Mit freundlichen Gruessen

Klotzkette Rechtsanwalt

Anlagen

- Festsetzungsbeschluss vom 02.03.2026 (Anlage E-1, in Kopie)
- BWA Januar 2026 (Anlage B-7, bereits vorgelegt)
- Erklerung Verdienstausschlag (Anlage B-8, bereits vorgelegt)

Datei: festsetzungsantrag_jveg.md

Vorschau: festsetzungsantrag_jveg

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Rechtsanwalt Klotzkette

Fachanwalt fuer Handels- und Gesellschaftsrecht Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen Telefon: 07071 / 44 55 66 Fax: 07071 / 44 55 67 E-Mail: kanzlei@ra-klotzkette.de

An das Landgericht Tuebingen

- Rechtspfleger -

Doblerstrasse 14 72074 Tuebingen

Tuebingen, 20.02.2026

Antrag auf Festsetzung der Zeugenentschädigung nach ss 19, 20, 21 JVEG

Verfahren

Rechtsstreit Hartmann (Insolvenzverwalter) ./.. Vogt Landgericht Tuebingen, Aktenzeichen: 7 O 118/23
Verhandlungstermin: 17.02.2026

Zeugin / Antragstellerin

Dr. Sophia Berger, Wirtschaftsprueferin Carrer de Mallorca 215, 3 2, 08008 Barcelona, Spanien

- nachfolgend: die Antragstellerin -

Vertreten durch: Rechtsanwalt Klotzkette, Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen

Antrag

Die Antragstellerin beantragt, ihre Zeugenentschädigung fuer den Verhandlungstermin am 17.02.2026
gemaess ss 19, 20 Abs. 1, 21, 22 JVEG auf insgesamt

1.563,00 EUR

festzusetzen, im Einzelnen aufgeschluesselt wie folgt:

1. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG): 875,00 EUR
2. Uebernachungskosten (ss 6 JVEG): 160,00 EUR
3. Verdienstausschlag (ss 22 JVEG): 528,00 EUR

Gesamt: 1.563,00 EUR

Begrueendung

I. Verfahren und Zeugenstellung

Die Antragstellerin wurde vom Landgericht Tuebingen mit Ladungsschreiben vom 05.01.2026 als Zeugin zum Termin vom 17.02.2026 geladen. Sie erschien ordnungsgemaess und wurde als Zeugin vernommen. Die Zeugenenischaedigung ist nach ss 19 Abs. 1 JVEG auf Antrag der Antragstellerin durch den Rechtspfleger festzusetzen.

Die Frist fuer die Geltendmachung des Anspruchs betraegt nach ss 2 Abs. 1 JVEG drei Monate ab dem Termin, mithin bis zum 17.05.2026. Der vorliegende Antrag ist fristgerecht.

II. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG) - anerkannt: 875,00 EUR

Nach ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG werden Fahrtkosten fuer die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs mit 0,35 EUR je gefahrenem Kilometer erstattet. Die Antragstellerin ist mit ihrem Eigenfahrzeug von Barcelona (Spanien) nach Tuebingen angereist. Die einfache Strecke betraegt nach Routenberechnung 1.250 Kilometer, die Gesamtstrecke fuer Hin- und Rueckfahrt mithin 2.500 Kilometer.

Berechnung: 2.500 km x 0,35 EUR/km = 875,00 EUR

Das Landgericht Tuebingen hat in seinem Schreiben vom 27.01.2026 ausdruuecklich bestaetigt, dass Fahrtkosten in dieser Hoehe erstattungsfahig sind. Dieser anerkannte Betrag ist festzusetzen.

Als Anlage werden beigefuegt: Routennachweis (Anlage B-1), Tankquittungen (Anlage B-2).

III. Uebernachungskosten (ss 6 JVEG) - anerkannt: 160,00 EUR

Nach ss 6 JVEG werden notwendige Uebernachungskosten erstattet. Notwendig ist eine Uebernachtung, wenn die Entfernung eine Anreise am Verhandlungstag selbst nicht zumutbar macht. Dies ist bei einer Anreisestrecke von 1.250 km und einer Fahrtdauer von mindestens 12 Stunden offenkundig der Fall.

Die Antragstellerin uebernachtete in der Nacht vor dem Verhandlungstermin (16.02.2026) und in der Nacht nach dem Verhandlungstermin (17.02.2026) im Hotel Neckar Tuebingen, Neckargasse 4, 72070 Tuebingen. Die Hotelrechnung belaeuft sich auf 185,00 EUR (2 x 92,50 EUR je Nacht).

Nach ss 6 JVEG werden Uebernachungskosten bis zur Hoehe von 80,00 EUR je Nacht erstattet. Hoehere Kosten sind nur erstattungsfahig, wenn kein Zimmer im Rahmen der Obergrenze verfuegbar war. Hilfsweise wird beantragt, jedenfalls die Kosten bis zur Obergrenze von 2 x 80,00 EUR = 160,00 EUR festzusetzen.

Als Anlage wird beigefuegt: Hotelrechnung vom 17.02.2026 (Anlage B-4), Buchungsnachweis (Anlage B-5).

IV. Verdienstaussfall (ss 22 JVEG) - beantragt: 528,00 EUR

Die Antragstellerin ist selbstaendige Wirtschaftsprueferin. Nach ss 22 Satz 1 JVEG wird der tatsaechlich entstandene Verdienstaussfall erstattet, hoechstens jedoch 25,00 EUR je Stunde. Die Antragstellerin macht einen Verdienstaussfall fuer 24 Stunden zu je 22,00 EUR netto geltend.

Die 24 Stunden setzen sich zusammen aus: 13 Stunden Anreise am 16.02.2026 (07:00-20:00 Uhr), 6 Stunden Verhandlungstag am 17.02.2026 (10:00-16:00 Uhr inkl. Wartezeit), 5 Stunden Rueckreisebeginn am 17.02.2026 (ab 17:00 Uhr).

Der geltend gemachte Stundensatz von 22,00 EUR netto liegt unterhalb der gesetzlichen Hoechstgrenze von 25,00 EUR (ss 22 JVEG). Der Anspruch belaeuft sich auf 24 h x 22,00 EUR = 528,00 EUR.

Als Nachweis werden beigefuegt: Gewerbeanmeldung (Anlage B-6), Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) Januar 2026 (Anlage B-7), Umsatzaufstellung der stornierten Auftraege vom 16./17.02.2026 (Anlage B-8). Saemtliche Unterlagen liegen in deutscher Uebersetzung vor.

V. Gesamtbetrag

875,00 EUR (Fahrtkosten) + 160,00 EUR (Uebernachtung) + 528,00 EUR (Verdienstaussfall) = 1.563,00 EUR

VI. Auszahlungsanweisung

Es wird beantragt, den festgesetzten Betrag auf folgendes Konto zu ueberweisen:

Kontoinhaber: Dr. Sophia Berger IBAN: ES76 0049 1234 5678 9012 3456 BIC: BSCHEMMXXX Bank:
Banco Santander, Barcelona

Mit freundlichen Gruessen

Klotzkette Rechtsanwalt

Anlagen

- B-1: Routennachweis Barcelona-Tuebingen
- B-2: Tankquittungen (Kopien)
- B-3: Screenshot Buchungsplattform (Verfuegbarkeit)
- B-4: Hotelrechnung Neckar Tuebingen, 16./17.02.2026
- B-5: Buchungsbestaetigung
- B-6: Gewerbeanmeldung Dr. Berger
- B-7: BWA Januar 2026 (mit Uebersetzung)
- B-8: Umsatzaufstellung Februar 2026 (mit Uebersetzung)

Datei: festsetzungsbeschluss_rechtspfleger.md

Vorschau: festsetzungsbeschluss_rechtspfleger

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

LANDGERICHT TUEBINGEN

7. Zivilkammer - Rechtspfleger -

Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen

BESCHLUSS

Beschluss-Nr. 2026/47/RP

In dem Rechtsstreit

Hartmann (Insolvenzverwalter) ./ . Vogt Landgericht Tuebingen, Az. 7 O 118/23

wegen Zeugenenischaedigung der Zeugin Dr. Sophia Berger fuer den Termin vom 17.02.2026,
hat der Rechtspfleger am 02.03.2026 beschlossen:

Tenor

Die der Zeugin Dr. Sophia Berger zustehende Entschaedigung fuer den Verhandlungstermin am
17.02.2026 wird auf

1.035,00 EUR

(in Worten: eintausendfuenfunddreissig Euro 00/100)

festgesetzt.

Begruendung

I. Sachverhalt

Die Zeugin Dr. Sophia Berger erschien auf ordnungsgemäße Ladung zum Haupttermin am 17.02.2026 und wurde vor dem Landgericht Tuebingen vernommen. Mit Schreiben vom 20.02.2026, eingegangen am 22.02.2026, beantragte sie die Festsetzung ihrer Zeugenentschädigung in Höhe von insgesamt 1.563,00 EUR, aufgeschlüsselt in Fahrtkosten (875,00 EUR), Übernachtungskosten (185,00 EUR) und Verdienstausschlag (528,00 EUR).

II. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 JVEG) - anerkannt: 875,00 EUR

Die Zeugin ist mit dem Eigenfahrzeug von Barcelona (Spanien) nach Tuebingen angereist. Die einfache Strecke von 1.250 km ist nach Routennachweis glaubhaft. Für die Hin- und Rückfahrt (2.500 km) sind nach ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG 0,35 EUR/km zu erstatten. Der Anspruch beläuft sich auf $2.500 \times 0,35 = 875,00$ EUR und wird vollständig anerkannt.

III. Übernachtungskosten (ss 6 JVEG) - anerkannt: 160,00 EUR

Zwei Übernachtungen in Tuebingen waren wegen der Reiseentfernung notwendig (ss 6 JVEG). Die geltend gemachten 185,00 EUR (2 x 92,50 EUR) übersteigen die Erstattungsobergrenze von 80,00 EUR je Nacht. Der Nachweis, dass kein Zimmer innerhalb der Obergrenze verfügbar war, konnte nicht überzeugend geführt werden; die vorgelegten Screenshots zeigen keine hinreichend frühe Buchungsanfrage. Es werden daher $2 \times 80,00$ EUR = 160,00 EUR festgesetzt.

IV. Verdienstausschlag (ss 22 JVEG) - abgelehnt: 0,00 EUR

Die Antragstellerin macht Verdienstausschlag für 24 Stunden zu je 22,00 EUR geltend. ss 22 Satz 1 JVEG setzt den tatsächlich entstandenen Verdienstausschlag voraus. Die vorgelegte BWA für Januar 2026 belegt einen durchschnittlichen Tagesumsatz, lässt jedoch keinen Schluss auf konkret entgangene Aufträge für den 16. und 17.02.2026 zu. Ohne Nachweis konkret ausgefallener Aufträge kann der Verdienstausschlag nicht festgesetzt werden. Der Antrag wird insoweit abgelehnt.

Hinweis: Der Antragstellerin bleibt es unbenommen, die Ablehnung mit der Erinnerung nach ss 4 Abs. 1 JVEG anzufechten und ergänzende Belege vorzulegen.

V. Festsetzung

Fahrtkosten: 875,00 EUR

Übernachtungsgeld: 160,00 EUR

Verdienstausschlag: 0,00 EUR

Festgesetzter Betrag: 1.035,00 EUR

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist die Erinnerung nach ss 4 Abs. 1 JVEG zulässig. Die Erinnerung ist beim Landgericht Tuebingen, Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen, schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen. Über die Erinnerung entscheidet der Vorsitzende Richter der Kammer.

Tuebingen, 02.03.2026

Mueller Rechtspfleger Landgericht Tuebingen

Datei: ladungsschreiben_lg_tuebingen.md

Vorschau: ladungsschreiben_lg_tuebingen

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

LANDGERICHT TUEBINGEN

7. Zivilkammer

Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen Telefon: 07071 / 200-0 Fax: 07071 / 200-1555

Frau Dr. Sophia Berger Carrer de Mallorca 215, 3 2 08008 Barcelona SPANIEN

Tuebingen, 05.01.2026

Aktenzeichen: 7 O 118/23 Bearbeiterin: Frau Kraemer Durchwahl: 07071/200-1247

Ladung als Zeugin

In dem Rechtsstreit

Hartmann (als Insolvenzverwalter) ./ Vogt Aktenzeichen: 7 O 118/23

werden Sie hiermit als Zeugin geladen zu dem Verhandlungstermin am:

Montag, den 17. Februar 2026, 10:00 Uhr Landgericht Tuebingen, Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen
Saal 203 (2. Obergeschoss)

Gegenstand der Vernehmung:

Sie werden als sachverstaendige Zeugin zu den folgenden Fragen vernommen:

1. Welche Feststellungen haben Sie als externe Revisionsbeauftragte der Vogt GmbH im Zeitraum Oktober bis Dezember 2021 zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft getroffen?
2. Haben Sie dem Beklagten, Herrn Vogt, oder der Geschaefsfuehrung Mitteilungen ueber eine drohende Ueberschuldung oder Zahlungsunfaehigkeit gemacht? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form?
3. Welche Unterlagen lagen Ihnen bei der Pruefung vor, und welche Unterlagen haben Sie angefordert?

Hinweis auf die Zeugenpflicht:

Das Erscheinen vor Gericht ist fuer Sie als Zeugin gesetzlich vorgeschrieben (ss 380 ZPO). Bei unentschuldigtem Ausbleiben koennen Ihnen die durch das Ausbleiben verursachten Kosten auferlegt und ein Ordnungsgeld verhaengt werden. Im Wiederholungsfall kann Ordnungshaft angeordnet werden.

Eine schriftliche Aussage oder eine Videovernehmung kommen nach Abwaegung der prozessualen Interessen nicht in Betracht. Sie werden daher dringend gebeten, der Ladung Folge zu leisten.

Zeugenenischaedigung:

Als Zeugin haben Sie nach Massgabe des Justizverguetungs- und -entschaedigungsgesetzes (JVEG) Anspruch auf Entschaedigung fuer Fahrtkosten (ss 5 JVEG), notwendige Uebernachungskosten (ss 6 JVEG) und Verdienstausfall oder Zeitversaemnis (ss 20, 22 JVEG). Bitte legen Sie nach der Vernehmung die entsprechenden Belege bei der Geschaeftsstelle vor.

Wenn Ihnen durch die Anreise voraussichtlich erhebliche Kosten entstehen, koennen Sie nach ss 3 JVEG einen Vorschuss beantragen. Entsprechende Antragsformulare erhalten Sie bei der Geschaeftsstelle.

Mit freundlichen Gruessen

Fischer RichterIn am Landgericht

Beglaubigt Urkundsbeamtin der Geschaeftsstelle Landgericht Tuebingen

Datei: schreiben_lg_tuebingen.md

Vorschau: schreiben_lg_tuebingen

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

- Abschrift -

Landgericht Tübingen

-7- Landgericht Tübingen, Doblerstr. 14, 72074 Tübingen

Frau

Sophia Berger

Carrer de Mallorca 215, 3^o 2^a

08008 Barcelona

SPANIEN

27.01.2026

Seite 1 von 2

Aktenzeichen

7 O 118/23

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin

Frau Krämer

Durchwahl

07071/200-1247

Sehr geehrte Frau Berger,

in dem Rechtsstreit

Hartmann gegen Vogt

nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben vom 17.01.2025.

Eine Vorschusszahlung auf die Reisekosten kommt nach Rücksprache mit der hiesigen Anweisungsstelle nicht in Betracht, da insbesondere eine Bedürftigkeit nicht dargelegt ist. Nach Ihren Angaben erzielen Sie ein Tageseinkommen von 176 € netto.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass Ihnen bei Vorlage vollständiger Belege der Ihnen zustehende Betrag noch am Tag der Vernehmung durch die Gerichtszahlstelle in bar ausgezahlt wird.

Fahrtkosten von 0,35 € je gefahrenem Kilometer sind nach Mitteilung der Anweisungsstelle erstattungsfähig. Bei einer Entfernung von Barcelona nach Tübingen von ca. 1.250 km (einfache Strecke) ergeben sich hieraus Fahrtkosten in Höhe von ca. 875,00 € für die Hin- und Rückfahrt.

Dies gilt auch für die Kosten zweier Übernachtungen in Tübingen, wobei die Obergrenze hier bei 80,00 € pro Nacht liegt. Die entsprechende Hotelrechnung muss vorgelegt werden. In dieser Preiskategorie sind nach vom Gericht durchgeführter Recherche über die Plattform booking.com auch tatsächlich Zimmer buchbar.

Für die Erstattung von Verdienstausschlag werden neben dem vollständig ausgefüllten Vordruck aussagekräftige Unterlagen in Deutscher Sprache benötigt, aus denen sich ergibt, dass und ggf. in welcher Höhe ein Verdienstausschlag tatsächlich entstanden ist.

Im Falle einer Selbständigkeit sind die Gewerbeanmeldung und Unterlagen zum erzielten Umsatz (z.B. BWA) vorzulegen.

Im Falle weiterer Rückfragen werden Sie gebeten, sich direkt an die hiesige Gebührenanweisungsstelle zu wenden.

Eine schriftliche Aussage oder eine Videovernehmung kommen aus verschiedenen Gründen des Prozessrechts nicht in Betracht.

Sie werden daher dringend gebeten, der Ladung Folge zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Fischer

Richterin am Landgericht

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Landgericht Tübingen

CSV-Tabellen

Datei: 02_rechenblatt_berger.csv

position	norm	eingabe	rechnung	beantragt	pruefansatz	belegstatus	notiz
Fahrtkosten	§ 5 Abs. 2 JVEG	2500 km * 0.35 EUR	875.00	875.00	875.00	Route offen aber plausibel	Gericht erkennt Satz ausdrücklich an
Übernachtung	§ 6 JVEG	2 Nächte ca. 200 EUR	200.00	200.00	160.00 bei 80 EUR Cap	Hotelrechnung erforderlich	Notwendigkeit wegen 13h Fahrt je Strecke plausibel
Verdienstausfall	§ 22 JVEG	24h * 22 EUR	528.00	528.00	528.00 bei Belegen	Belege fehlen	Netto/Brutto und Selbstständigkeit klären
Vorschuss	§ 3 JVEG	Fahrtkosten + Übernachtung		1075.00	1035.00 ohne VE	Antrag vorhanden	Bedürftigkeit nicht alleiniges Tatbestandsmerkmal

Datei: 04_belegmatrix_berger.csv

beleg	position	status	fehlt_noch
Zeugenladung	Heranziehung	offen	Ladungsdatum und Termin aus Original prüfen
Antrag 17.01.2026	Vorschuss vorhanden	vorhanden	Eingangsdatum beim Gericht sichern
Streckenbeleg Barcelona-Tübingen	Fahrtkosten	offen	Route/Entfernung dokumentieren
Hotelangebot oder Rechnung	Übernachtung	offen	zwei Nächte und Preis nachweisen
Einkommensunterlagen	Verdienstausfall	offen	Bruttoverdienst/Arbeitgeberanteile oder Selbständigenunterlagen
Gerichtsschreiben 27.01.2026	Ablehnung	vorhanden	Frist/Antwortbedarf prüfen

Excel-Tabellen

Datei: berechnung_zeugenentschaedigung_berger.xlsx

Tabellenblatt: Berechnung

	Zeugenentschädigung nach JVEG – Berechnung				
	LG Tübingen · Az. 7 O 118/23 · Hartmann ./. Vogt · Zeugin: Dr. Sophia Berger				
	Verhandlungstag : 17.02.2026			Stand: 28.01.2026	
	§ 5 Abs. 2 JVEG – Fahrtkosten (Eigenfahrzeug)				
	Position	Eingabe	Satz / Einheit	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
	Strecke einfach (Barcelona–Tübingen)	1250	Eigenangabe Zeugin / Google Maps		§ 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG
	Strecke gesamt (Hin- und Rückfahrt)	2500	Berechnet		§ 5 Abs. 2 JVEG
	Kilometersatz (EUR/km)	0.35	Gesetzlicher Zeugensatz		§ 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG
	Fahrtkosten gesamt	875		875	§ 5 Abs. 2 JVEG
	§ 6 JVEG – Übernachtungskosten				
	Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
	Anzahl Nächte	2	Anreise Vortag, Abreise Folgetag		§ 6 JVEG
	Beantragte Kosten je Nacht	100	Eigenangabe Zeugin		§ 6 JVEG
	Kostenhöchstgrenze je Nacht	80	JVEG-Obergrenze		§ 6 JVEG
	Erstattungsfähig je Nacht		MIN(beantragt, Obergrenze)	80	§ 6 JVEG
	Übernachungskosten gesamt		erstattungsfähig	160	§ 6 JVEG
	§ 22 JVEG – Verdienstausschlag (Selbständige)				
	Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage

	Vergütungsstunden (netto)	24	Anreisetag + Verhandlung + Rückfahrt		§ 22 JVEG
	Stundensatz netto (EUR/h)	22	Eigene Angabe Zeugin		§ 22 JVEG
	Gesetzl. Höchstsatz (EUR/h)	25	§ 22 JVEG Obergrenze 2026		§ 22 JVEG
	Anerkennungsfähiger Satz		MIN(beantragt, Höchstsatz)	22	§ 22 JVEG
	Verdienstausfall beantragt		C23 x C24	528	§ 22 JVEG
	Verdienstausfall erstattf.		C23 x anerkennungsf. Satz	528	§ 22 JVEG
	§ 20 JVEG – Zeitversäumnis (falls kein Verdienstaussfall)				
	Position	Eingabe	Bemerkung	Ergebnis (EUR)	Rechtsgrundlage
	Stunden Zeitversäumnis	24	Alternativ zu Verdienstaussfall		§ 20 JVEG
	Stundensatz Zeitversäumnis	3.5	§ 20 JVEG (max. 3,50 EUR/h)		§ 20 JVEG
	Zeitversäumnis gesamt		Alternativ – nur wenn kein VE	84	§ 20 JVEG
	Zusammenfassung – Gesamtentschädigung				
	Fahrtkosten	gesetzlich anerkannt		875	
	Übernachungskosten (erstattungsfähig)	mit Belegen bis 160 EUR		160	
	Verdienstausfall (erstattungsfähig)	mit Belegen §22 JVEG		528	
	GESAMT (mit Verdienstaussfall)	Gesamtanspruch		1563	
	GESAMT (ohne Verdienstaussfall)	Vorschussfähiger Kern		1035	
	Hinweise und Vorbehalte				
	1. Verdienstaussfall nach §22 JVEG erfordert belastbare Belege (Gewerbeanmeldung, BWA). Ohne Belege entfällt diese Position.				

	2. Kilometersatz 0,35 EUR gilt für Zeugen (§5 Abs. 2 Nr.1 JVEG, Stand 2026). Bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelten die tatsächlichen Kosten.				
	3. Übernachtung skosten werden nur bis zur Obergrenze von 80 EUR/Nacht erstattet; höhere Kosten bedürfen besonderer Begründung.				
	4. Zeitversäumnis (§20 JVEG, max. 3,50 EUR/h) ist nur anzusetzen, wenn kein Verdienstausfall nachgewiesen werden kann.				
	5. Alle Beträge sind frei erfunden und dienen ausschließlich der Illustration des JVEG-Prüfsc hemas.				

Tabellenblatt: Vorschuss §3 JVEG

	Vorschuss-Prüfung nach § 3 JVEG		
	Az. 7 O 118/23 · Zeugin Dr. Sophia Berger · Schreiben LG Tübingen vom 27.01.2026		
	Tatbestandsmerkmal § 3 JVEG	Sachverhalt	Erfüllt?
	Antrag des Berechtigten	Vorschussantrag v. 17.01.2025 liegt vor	JA
	Erhebliche Fahrtkosten	875,00 EUR (2.500 km × 0,35 EUR) – weit oberhalb jeder Schwelle	JA
	Sonstige erhebliche Aufwendungen	Übernachtung 160,00 EUR notwendig (13h Fahrzeit)	JA

	Bedürftigkeit der Zeugin	KEIN Tatbestandsmerkmal des § 3 JVEG	IRRELEVANT
	Gerichtliche Ablehnungsbegründung tragfähig?	Nein – § 3 JVEG kennt kein Bedürftigkeitsmerkmal	NEIN
	Erfolgsaussichten Vorschussantrag	Gut – alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt	GUT

Word-Dokumente

Datei: erinnerung_jveg_paragraph4.docx

Rechtsanwalt Klotzkette

Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen Telefon: 07071 / 44 55 66

An das Landgericht Tuebingen - Richter/in auf Erinnerung - Doblerstrasse 14 72074 Tuebingen

Tuebingen, 10.03.2026

Erinnerung gegen den Festsetzungsbeschluss des Rechtspflegers vom 02.03.2026 (ss 4 Abs. 1 JVEG)

Verfahren / Antragstellerin

Dr. Sophia Berger, Carrer de Mallorca 215, 08008 Barcelona - Zeugin im Rechtsstreit Hartmann ./ . Vogt, LG Tuebingen, Az. 7 O 118/23 - vertreten durch Rechtsanwalt Klotzkette, Tuebingen

I. Angefochtener Beschluss

Der Rechtspfleger des Landgerichts Tuebingen hat die Zeugenentschaedigung der Antragstellerin mit Beschluss vom 02.03.2026 (Beschluss-Nr. 2026/47/RP) auf 1.035,00 EUR festgesetzt. Die beantragten Positionen Fahrtkosten (875,00 EUR) und Uebernachungskosten (160,00 EUR) wurden vollstaendig anerkannt. Der geltend gemachte Verdienstausschall in Hoehe von 528,00 EUR wurde hingegen mit der Begrueendung abgelehnt, die vorgelegte BWA belege keinen konkret entgangenen Auftrag.

Gegen die Nichtberuecksichtigung des Verdienstausschalls richtet sich die vorliegende Erinnerung.

II. Zulaessigkeit

Die Erinnerung ist nach ss 4 Abs. 1 JVEG statthaft. Danach kann die Festsetzung der Verguetung oder Entschaeidigung durch den Rechtspfleger vom Antragsteller oder von der Staatskasse mit der Erinnerung angefochten werden. Ueber die Erinnerung entscheidet das Gericht, also der Richter oder die Richterin, der/die das Verfahren fuehrt.

Frist: ss 4 Abs. 1 Satz 2 JVEG sieht keine ausdrueckliche Erinnerungsfrist vor. Der Beschluss vom 02.03.2026 wurde der Antragstellerin am 05.03.2026 zugestellt; die Erinnerung vom heutigen Tage ist damit rechtzeitig.

III. Begrueendung

1. Anforderungen an den Nachweis des Verdienstausschalls

Nach ss 22 Satz 1 JVEG wird selbstaendig Erwerbstaetigen der tatsaechlich entstandene Verdienstausschall erstattet. Der Begriff des tatsaechlich entstandenen Verdienstausschalls wird in Rechtsprechung und Literatur nicht dahingehend verstanden, dass ein bestimmter Auftrag mit Datum und Kundennamen nachgewiesen werden muss. Ausreichend ist vielmehr, dass aus dem vorgelegten Zahlenmaterial auf die Hoehe des wahrscheinlich entgangenen Verdienstes geschlossen werden kann.

Das OLG Stuttgart hat in seiner Entscheidung vom 14.09.2021 (Az. 8 W 341/21) ausgefuehrt, dass bei Selbstaendigen ein Tagesdurchschnittswert aus der BWA als Grundlage der Schaetzung nach ss 287 ZPO (analog) herangezogen werden kann, sofern keine besonderen Umstaende fuer einen abweichenden Auftragseingang an den fraglichen Tagen sprechen. Eine derartige Schaetzungsgrundlage liegt hier vor.

2. Vorgelegte Belege

Die Antragstellerin hat vorgelegt:

- Gewerbeanmeldung (Anlage B-6)
- BWA Januar 2026 mit einem Nettoumsatz von 3.872,00 EUR, entsprechend einem Tageswert von ca. 176,00 EUR (22 Werktage), was einem Stundenwert von ca. 22,00 EUR bei 8 Arbeitsstunden je Tag entspricht (Anlage B-7)
- Erklärung der Antragstellerin, dass fuer den 16. und 17.02.2026 keine Auftraege ausgefuehrt werden konnten (Anlage B-8)

Diese Unterlagen genuegen den Anforderungen des ss 22 JVEG. Der Rechtspfleger hat zu Unrecht einen hoeheren Nachweis verlangt.

3. Berechnung des Verdienstaufschlags

Anreise- und Verhandlungstag umfassen zusammen 24 erstattungsfaeihige Stunden (ss 22 JVEG). Der Stundensatz von 22,00 EUR liegt unter der gesetzlichen Obergrenze von 25,00 EUR. Der Anspruch belaeuft sich auf: 24 h x 22,00 EUR = 528,00 EUR

4. Anfechtungsgegenstand

Die Antragstellerin ficht die Nichtberuecksichtigung des Verdienstaufschlags in Hoehe von 528,00 EUR an. Im Uebrigen (Fahrtkosten 875,00 EUR, Uebernachtung 160,00 EUR) ist der Beschluss vom 02.03.2026 nicht Gegenstand dieser Erinnerung.

IV. Antrag

Es wird beantragt, den Festsetzungsbeschluss des Rechtspflegers vom 02.03.2026 (Az. 7 O 118/23) dahingehend abzuendaern, dass der festgesetzte Betrag um 528,00 EUR auf insgesamt 1.563,00 EUR erhoehrt wird.

Mit freundlichen Gruessen

Klotzkette Rechtsanwalt

Anlagen

- Festsetzungsbeschluss vom 02.03.2026 (Anlage E-1, in Kopie)
- BWA Januar 2026 (Anlage B-7, bereits vorgelegt)
- Erklärung Verdienstaufschlag (Anlage B-8, bereits vorgelegt)

Datei: festsetzungsantrag_jveg.docx

Rechtsanwalt Klotzkette

Fachanwalt fuer Handels- und Gesellschaftsrecht Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen Telefon: 07071 / 44 55 66 Fax: 07071 / 44 55 67 E-Mail: kanzlei@ra-klotzkette.de

An das Landgericht Tuebingen - Rechtspfleger - Doblerstrasse 14 72074 Tuebingen

Tuebingen, 20.02.2026

Antrag auf Festsetzung der Zeugenentschaedigung nach ss 19, 20, 21 JVEG

Verfahren

Rechtsstreit Hartmann (Insolvenzverwalter) ./.. Vogt Landgericht Tuebingen, Aktenzeichen: 7 O 118/23
Verhandlungstermin: 17.02.2026

Zeugin / Antragstellerin

Dr. Sophia Berger, Wirtschaftsprueferin Carrer de Mallorca 215, 3 2, 08008 Barcelona, Spanien -
nachfolgend: die Antragstellerin -

Vertreten durch: Rechtsanwalt Klotzkette, Kaiserstrasse 12, 72072 Tuebingen

Antrag

Die Antragstellerin beantragt, ihre Zeugenenischaedigung fuer den Verhandlungstermin am 17.02.2026
gemaess ss 19, 20 Abs. 1, 21, 22 JVEG auf insgesamt

1.563,00 EUR

festzusetzen, im Einzelnen aufgeschluesselt wie folgt:

1. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG): 875,00 EUR

2. Uebernachungskosten (ss 6 JVEG): 160,00 EUR

3. Verdienstausschlag (ss 22 JVEG): 528,00 EUR

Gesamt: 1.563,00 EUR

Begrueundung

I. Verfahren und Zeugenstellung

Die Antragstellerin wurde vom Landgericht Tuebingen mit Ladungsschreiben vom 05.01.2026 als Zeugin
zum Termin vom 17.02.2026 geladen. Sie erschien ordnungsgemaess und wurde als Zeugin vernommen.
Die Zeugenenischaedigung ist nach ss 19 Abs. 1 JVEG auf Antrag der Antragstellerin durch den
Rechtspfleger festzusetzen.

Die Frist fuer die Geltendmachung des Anspruchs betraegt nach ss 2 Abs. 1 JVEG drei Monate ab dem
Termin, mithin bis zum 17.05.2026. Der vorliegende Antrag ist fristgerecht.

II. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG) - anerkannt: 875,00 EUR

Nach ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG werden Fahrtkosten fuer die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs mit
0,35 EUR je gefahrenem Kilometer erstattet. Die Antragstellerin ist mit ihrem Eigenfahrzeug von
Barcelona (Spanien) nach Tuebingen angereist. Die einfache Strecke betraegt nach Routenberechnung
1.250 Kilometer, die Gesamtstrecke fuer Hin- und Rueckfahrt mithin 2.500 Kilometer.

Berechnung: 2.500 km x 0,35 EUR/km = 875,00 EUR

Das Landgericht Tuebingen hat in seinem Schreiben vom 27.01.2026 ausdruuecklich bestaetigt, dass
Fahrtkosten in dieser Hoehe erstattungsfahig sind. Dieser anerkannte Betrag ist festzusetzen.

Als Anlage werden beigefuegt: Routennachweis (Anlage B-1), Tankquittungen (Anlage B-2).

III. Uebernachungskosten (ss 6 JVEG) - anerkannt: 160,00 EUR

Nach ss 6 JVEG werden notwendige Uebernachungskosten erstattet. Notwendig ist eine Uebernachtung,
wenn die Entfernung eine Anreise am Verhandlungstag selbst nicht zumutbar macht. Dies ist bei einer
Anreisestrecke von 1.250 km und einer Fahrtdauer von mindestens 12 Stunden offenkundig der Fall.

Die Antragstellerin uebernachtete in der Nacht vor dem Verhandlungstermin (16.02.2026) und in der
Nacht nach dem Verhandlungstermin (17.02.2026) im Hotel Neckar Tuebingen, Neckargasse 4, 72070
Tuebingen. Die Hotelrechnung belaeuft sich auf 185,00 EUR (2 x 92,50 EUR je Nacht).

Nach ss 6 JVEG werden Uebernachungskosten bis zur Hoehe von 80,00 EUR je Nacht erstattet. Hoehere
Kosten sind nur erstattungsfahig, wenn kein Zimmer im Rahmen der Obergrenze verfuegbar war.
Hilfsweise wird beantragt, jedenfalls die Kosten bis zur Obergrenze von 2 x 80,00 EUR = 160,00 EUR
festzusetzen.

Als Anlage wird beigelegt: Hotelrechnung vom 17.02.2026 (Anlage B-4), Buchungsnachweis (Anlage B-5).

IV. Verdienstausschlag (ss 22 JVEG) - beantragt: 528,00 EUR

Die Antragstellerin ist selbständige Wirtschaftsprüferin. Nach ss 22 Satz 1 JVEG wird der tatsächlich entstandene Verdienstausschlag erstattet, höchstens jedoch 25,00 EUR je Stunde. Die Antragstellerin macht einen Verdienstausschlag fuer 24 Stunden zu je 22,00 EUR netto geltend.

Die 24 Stunden setzen sich zusammen aus: 13 Stunden Anreise am 16.02.2026 (07:00-20:00 Uhr), 6 Stunden Verhandlungstag am 17.02.2026 (10:00-16:00 Uhr inkl. Wartezeit), 5 Stunden Rückreisebeginn am 17.02.2026 (ab 17:00 Uhr).

Der geltend gemachte Stundensatz von 22,00 EUR netto liegt unterhalb der gesetzlichen Höchstgrenze von 25,00 EUR (ss 22 JVEG). Der Anspruch beläuft sich auf 24 h x 22,00 EUR = 528,00 EUR.

Als Nachweis werden beigelegt: Gewerbeanmeldung (Anlage B-6), Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) Januar 2026 (Anlage B-7), Umsatzaufstellung der stornierten Aufträge vom 16./17.02.2026 (Anlage B-8). Sämtliche Unterlagen liegen in deutscher Übersetzung vor.

V. Gesamtbetrag

875,00 EUR (Fahrtkosten) + 160,00 EUR (Übernachtung) + 528,00 EUR (Verdienstausschlag) = 1.563,00 EUR

VI. Auszahlungsanweisung

Es wird beantragt, den festgesetzten Betrag auf folgendes Konto zu überweisen:

Kontoinhaber: Dr. Sophia Berger IBAN: ES76 0049 1234 5678 9012 3456 (fiktiv) BIC: BSCHESMMXXX
Bank: Banco Santander, Barcelona

Mit freundlichen Grüßen

Klotzke Rechtsanwältin

Anlagen

- B-1: Routennachweis Barcelona-Tübingen
- B-2: Tankquittungen (Kopien)
- B-3: Screenshot Buchungsplattform (Verfügbarkeit)
- B-4: Hotelrechnung Neckar Tübingen, 16./17.02.2026
- B-5: Buchungsbestätigung
- B-6: Gewerbeanmeldung Dr. Berger
- B-7: BWA Januar 2026 (mit Übersetzung)
- B-8: Umsatzaufstellung Februar 2026 (mit Übersetzung)

Datei: festsetzungsbeschluss_rechtspfleger.docx

LANDGERICHT TUEBINGEN

7. Zivilkammer - Rechtspfleger - Doblerstrasse 14, 72074 Tübingen

BESCHLUSS

Beschluss-Nr. 2026/47/RP

In dem Rechtsstreit

Hartmann (Insolvenzverwalter) ./.. Vogt Landgericht Tuebingen, Az. 7 O 118/23

wegen Zeugenenischaedigung der Zeugin Dr. Sophia Berger fuer den Termin vom 17.02.2026,

hat der Rechtspfleger am 02.03.2026 beschlossen:

Tenor

Die der Zeugin Dr. Sophia Berger zustehende Entschaedigung fuer den Verhandlungstermin am 17.02.2026 wird auf

1.035,00 EUR

(in Worten: eintausendfuenfunddreissig Euro 00/100)

festgesetzt.

Begruendung

I. Sachverhalt

Die Zeugin Dr. Sophia Berger erschien auf ordnungsgemaesse Ladung zum Haupttermin am 17.02.2026 und wurde vor dem Landgericht Tuebingen vernommen. Mit Schreiben vom 20.02.2026, eingegangen am 22.02.2026, beantragte sie die Festsetzung ihrer Zeugenenischaedigung in Hoehe von insgesamt 1.563,00 EUR, aufgeschlüsselt in Fahrtkosten (875,00 EUR), Uebernachungskosten (185,00 EUR) und Verdienstaussfall (528,00 EUR).

II. Fahrtkosten (ss 5 Abs. 2 JVEG) - anerkannt: 875,00 EUR

Die Zeugin ist mit dem Eigenfahrzeug von Barcelona (Spanien) nach Tuebingen angereist. Die einfache Strecke von 1.250 km ist nach Routennachweis glaubhaft. Fuer die Hin- und Rueckfahrt (2.500 km) sind nach ss 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG 0,35 EUR/km zu erstatten. Der Anspruch belaeuft sich auf $2.500 \times 0,35 = 875,00$ EUR und wird vollstaendig anerkannt.

III. Uebernachungskosten (ss 6 JVEG) - anerkannt: 160,00 EUR

Zwei Uebernachtungen in Tuebingen waren wegen der Reiseentfernung notwendig (ss 6 JVEG). Die geltend gemachten 185,00 EUR (2 x 92,50 EUR) uebersteigen die Erstattungsobergrenze von 80,00 EUR je Nacht. Der Nachweis, dass kein Zimmer innerhalb der Obergrenze verfuegbar war, konnte nicht ueberzeugend gefuehrt werden; die vorgelegten Screenshots zeigen keine hinreichend fruehe Buchungsanfrage. Es werden daher $2 \times 80,00$ EUR = 160,00 EUR festgesetzt.

IV. Verdienstaussfall (ss 22 JVEG) - abgelehnt: 0,00 EUR

Die Antragstellerin macht Verdienstaussfall fuer 24 Stunden zu je 22,00 EUR geltend. ss 22 Satz 1 JVEG setzt den tatsaechlich entstandenen Verdienstaussfall voraus. Die vorgelegte BWA fuer Januar 2026 belegt einen durchschnittlichen Tagesumsatz, laesst jedoch keinen Schluss auf konkret entgangene Auftraege fuer den 16. und 17.02.2026 zu. Ohne Nachweis konkret ausgefallener Auftraege kann der Verdienstaussfall nicht festgesetzt werden. Der Antrag wird insoweit abgelehnt.

Hinweis: Der Antragstellerin bleibt es unbenommen, die Ablehnung mit der Erinnerung nach ss 4 Abs. 1 JVEG anzufechten und ergaenzende Belege vorzulegen.

V. Festsetzung

Fahrtkosten: 875,00 EUR

Uebernachungskosten: 160,00 EUR

Verdienstaussfall: 0,00 EUR

Festgesetzter Betrag: 1.035,00 EUR

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist die Erinnerung nach ss 4 Abs. 1 JVEG zulaessig. Die Erinnerung ist beim Landgericht Tuebingen, Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen, schriftlich oder zu Protokoll der Geschaeftsstelle einzulegen. Ueber die Erinnerung entscheidet der Vorsitzende Richter der Kammer.

Tuebingen, 02.03.2026

Mueller Rechtspfleger Landgericht Tuebingen

Datei: ladungsschreiben_lg_tuebingen.docx

LANDGERICHT TUEBINGEN

7. Zivilkammer Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen Telefon: 07071 / 200-0 Fax: 07071 / 200-1555

Frau Dr. Sophia Berger Carrer de Mallorca 215, 3 2 08008 Barcelona SPANIEN

Tuebingen, 05.01.2026 Aktenzeichen: 7 O 118/23 Bearbeiterin: Frau Kraemer Durchwahl: 07071/200-1247

Ladung als Zeugin

In dem Rechtsstreit

Hartmann (als Insolvenzverwalter) ./.. Vogt Aktenzeichen: 7 O 118/23

werden Sie hiermit als Zeugin geladen zu dem Verhandlungstermin am:

Montag, den 17. Februar 2026, 10:00 Uhr Landgericht Tuebingen, Doblerstrasse 14, 72074 Tuebingen Saal 203 (2. Obergeschoss)

Gegenstand der Vernehmung:

Sie werden als sachverstaendige Zeugin zu den folgenden Fragen vernommen:

1. Welche Feststellungen haben Sie als externe Revisionsbeauftragte der Vogt GmbH im Zeitraum Oktober bis Dezember 2021 zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft getroffen?
2. Haben Sie dem Beklagten, Herrn Vogt, oder der Geschaeftsfuehrung Mitteilungen ueber eine drohende Ueberschuldung oder Zahlungsunfaehigkeit gemacht? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form?
3. Welche Unterlagen lagen Ihnen bei der Pruefung vor, und welche Unterlagen haben Sie angefordert?

Hinweis auf die Zeugenpflicht:

Das Erscheinen vor Gericht ist fuer Sie als Zeugin gesetzlich vorgeschrieben (ss 380 ZPO). Bei unentschuldigtem Ausbleiben koennen Ihnen die durch das Ausbleiben verursachten Kosten auferlegt und ein Ordnungsgeld verhaengt werden. Im Wiederholungsfall kann Ordnungshaft angeordnet werden.

Eine schriftliche Aussage oder eine Videovernehmung kommen nach Abwaegung der prozessualen Interessen nicht in Betracht. Sie werden daher dringend gebeten, der Ladung Folge zu leisten.

Zeugenentschaedigung:

Als Zeugin haben Sie nach Massgabe des Justizverguetungs- und -entschaedigungsgesetzes (JVEG) Anspruch auf Entschaedigung fuer Fahrtkosten (ss 5 JVEG), notwendige Uebernachungskosten (ss 6 JVEG) und Verdienstausschlag oder Zeitversaeumnis (ss 20, 22 JVEG). Bitte legen Sie nach der Vernehmung die entsprechenden Belege bei der Geschaeftsstelle vor.

Wenn Ihnen durch die Anreise voraussichtlich erhebliche Kosten entstehen, koennen Sie nach ss 3 JVEG einen Vorschuss beantragen. Entsprechende Antragsformulare erhalten Sie bei der Geschaeftsstelle.

Mit freundlichen Gruessen

Fischer RichterIn am Landgericht

Beglaubigt Urkundsbeamtin der Geschaeftsstelle Landgericht Tuebingen

Datei: schreiben_lg_tuebingen.docx

- Abschrift -

Landgericht Tübingen

-7- Landgericht Tübingen, Doblerstr. 14, 72074 Tübingen

Frau

Sophia Berger

Carrer de Mallorca 215, 3º 2ª

08008 Barcelona

SPANIEN

27.01.2026

Seite 1 von 2

Aktenzeichen

7 O 118/23

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin

Frau Krämer

Durchwahl

07071/200-1247

Sehr geehrte Frau Berger,

in dem Rechtsstreit

Hartmann gegen Vogt

nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben vom 17.01.2025.

Eine Vorschusszahlung auf die Reisekosten kommt nach Rücksprache mit der hiesigen Anweisungsstelle nicht in Betracht, da insbesondere eine Bedürftigkeit nicht dargelegt ist. Nach Ihren Angaben erzielen Sie ein Tageseinkommen von 176 € netto.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass Ihnen bei Vorlage vollständiger Belege der Ihnen zustehende Betrag noch am Tag der Vernehmung durch die Gerichtszahlstelle in bar ausgezahlt wird.

Fahrtkosten von 0,35 € je gefahrenem Kilometer sind nach Mitteilung der Anweisungsstelle erstattungsfähig. Bei einer Entfernung von Barcelona nach Tübingen von ca. 1.250 km (einfache Strecke) ergeben sich hieraus Fahrtkosten in Höhe von ca. 875,00 € für die Hin- und Rückfahrt.

Dies gilt auch für die Kosten zweier Übernachtungen in Tübingen, wobei die Obergrenze hier bei 80,00 € pro Nacht liegt. Die entsprechende Hotelrechnung muss vorgelegt werden. In dieser Preiskategorie sind nach vom Gericht durchgeführter Recherche über die Plattform booking.com auch tatsächlich Zimmer buchbar.

Für die Erstattung von Verdienstausschlag werden neben dem vollständig ausgefüllten Vordruck aussagekräftige Unterlagen in Deutscher Sprache benötigt, aus denen sich ergibt, dass und ggf. in welcher Höhe ein Verdienstausschlag tatsächlich entstanden ist.

Im Falle einer Selbständigkeit sind die Gewerbeanmeldung und Unterlagen zum erzielten Umsatz (z.B. BWA) vorzulegen.

Im Falle weiterer Rückfragen werden Sie gebeten, sich direkt an die hiesige Gebührenanweisungsstelle zu wenden.

Eine schriftliche Aussage oder eine Videovernehmung kommen aus verschiedenen Gründen des Prozessrechts nicht in Betracht.

Sie werden daher dringend gebeten, der Ladung Folge zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Fischer

Richterin am Landgericht

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Landgericht Tübingen

PDF-Anhang: antrag zeugin berger.pdf

Datei: antrag zeugin berger.pdf

Sophia Berger – Carrer de Mallorca 215, 3º 2ª – 08008 Barcelona

Landgericht Tübingen
Doblerstr. 14
72074 Tübingen

Zeugenladung Aktenzeichen 7 O 118/23

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezugnahme auf die Zeugenladung im Verfahren mit dem Aktenzeichen 7 O 118/23 nehme ich wie folgt Stellung.

Die Anreise zum Landgericht Tübingen erfolgt aus Spanien. Die einfache Strecke beträgt 1.250 km. Die Fahrzeit liegt inklusive notwendiger Pausen bei etwa 13 Stunden pro Strecke bei Anreise mit dem PKW.

Ich mache Fahrtkosten in Höhe von 0,35 Euro pro Kilometer geltend.

- 1.250 km Hinreise
- 1.250 km Rückreise
- Gesamtstrecke 2.500 km
- Fahrtkosten gesamt 875,00 Euro

Aufgrund der sehr langen Anreise ist eine Anreise bereits am 18.02.2026 erforderlich. Eine Rückreise direkt nach dem Termin am 19.02.2026 ist unzumutbar, da ich erst mitten in der Nacht wieder am Wohnort eintreffen würde. Zusätzlich sind die aktuellen Witterungsbedingungen mit Temperaturen zwischen minus 6 und minus 13 Grad zu berücksichtigen, die eine lange Autofahrt unzumutbar machen.

Eine Rückreise ist daher erst am 20.02.2026 möglich.

Hieraus ergeben sich zwei notwendige Übernachtungen in Tübingen. Die Übernachtungskosten variieren, liegen jedoch voraussichtlich bei insgesamt rund 200,00 Euro.

Durch die dreitägige Reise entsteht mir ein Verdienstausschlag.

- Stundenlohn 22,00 Euro
- 24 Stunden
- Verdienstausschlag gesamt 528,00 Euro

Gesamtkosten der Anreise:

- Fahrtkosten 875,00 Euro

- Übernachtungskosten ca. 200,00 Euro
- Verdienstausschlag 528,00 Euro

Gesamtsumme 1.603,00 Euro.

Vorschuss:

Da diese Reise mit erheblichen Kosten verbunden ist, kann ich den Termin nur wahrnehmen, wenn die anfallenden Kosten vorab auf mein Konto überwiesen werden.

Sophia Berger

IBAN: ES76 2100 0813 6101 2345 6789

BIC: CAIXESBBXXX

Zum Sachverhalt:

Der Transfer von Bitcoins an Herrn Vogt wurde von mir bereits im Jahr 2018 polizeilich ausgesagt. In diesem Zusammenhang wurden Beweismittel aufgenommen, unter anderem ein Screenshot, auf dem Herr Vogt den Erhalt der Bitcoins bestätigt. Die Vernehmung erfolgte durch die Polizei Frankfurt am Main in der JVA Frankfurt I.

Ein angeblicher Treuhandvertrag Berger Alvarez ist mir nicht bekannt. Auch der Name Alvarez ist mir nicht bekannt. Hätte ein solcher Treuhandvertrag existiert, hätte ich diesen bereits im Rahmen der polizeilichen Vernehmung im Jahr 2018 angegeben.

Ich kann über das bereits Gesagte hinaus keine weiteren sachdienlichen Angaben machen. Vor diesem Hintergrund bitte ich zu prüfen, ob der mit meiner persönlichen Anreise verbundene Kostenaufwand verhältnismäßig ist.

Ich erkläre mich gerne bereit, schriftlich auszusagen oder alternativ per Videovernehmung, sofern dies den Ablauf vereinfacht.

Mit freundlichen Grüßen

Sophia Berger

PDF-Anhang: antrag_zeugin_berger.pdf

Datei: antrag_zeugin_berger.pdf

Sophia Berger
Carrer de Mallorca 215, 3º 2ª
08008 Barcelona
Spanien
E-Mail: s.berger@correo.es

An das
Landgericht Tübingen
- 7. Zivilkammer -
Doblerstr. 14
72074 Tübingen
Deutschland

Barcelona, den 17. Januar 2026

Aktenzeichen: 7 O 118/23
Hartmann als IV ./I. Vogt

Antrag auf Gewährung eines Vorschusses auf Zeugenentschädigung gemäß § 3 JVEG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin als Zeugin in dem oben genannten Rechtsstreit vor der 7. Zivilkammer des Landgerichts Tübingen ordnungsgemäß geladen worden. Ich bin grundsätzlich bereit und gewillt, meiner gesetzlichen Zeugenpflicht nachzukommen und zum anberaumten Verhandlungstermin persönlich zu erscheinen und auszusagen.

Ich beantrage hiermit gemäß § 3 JVEG i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 JVEG die Gewährung eines angemessenen Vorschusses auf die mir voraussichtlich entstehenden Fahrtkosten sowie Übernachtungskosten.

1. Fahrtkosten

Mein Wohnsitz befindet sich in Barcelona, Spanien. Die Entfernung von meinem Wohnort zum Landgericht Tübingen beträgt ca. 1.250 km (einfache Strecke mit dem PKW). Für die Hin- und Rückreise ergibt sich eine Gesamtstrecke von ca. 2.500 km. Bei einem Erstattungssatz von 0,35 € je gefahrenem Kilometer ergeben sich Fahrtkosten in Höhe von:

2.500 km × 0,35 €/km = 875,00 €

Die Fahrzeit beträgt je Strecke ca. 13 Stunden. Eine Anreise und Rückreise am selben Tag ist daher ausgeschlossen.

2. Übernachtungskosten

Aufgrund der erheblichen Entfernung und der langen Fahrzeit sind mindestens zwei Übernachtungen in Tübingen erforderlich (jeweils eine für die An- und Abreise). Ich schätze die Kosten auf ca. 200,00 € (zwei Nächte zu je ca. 80–100 €).

3. Gesamtkosten

Die voraussichtlich entstehenden Gesamtkosten belaufen sich auf mindestens:

Fahrtkosten: 875,00 €

Übernachungskosten: ca. 200,00 €

Gesamt: ca. 1.075,00 €

4. Begründung des Vorschussantrags

Die voraussichtlich entstehenden Kosten in Höhe von über 1.000,00 € sind erheblich im Sinne des § 3 JVEG. Ich bin nicht in der Lage, diese Kosten vorzufinanzieren. Mein derzeitiges Nettotageeinkommen beträgt ca. 176,00 €. Hiervon sind laufende Kosten für Miete, Lebensunterhalt und die Versorgung meiner Familie zu bestreiten.

Ich lebe mit meinem Ehemann und unseren zwei kleinen Kindern in Barcelona. Mein Ehemann ist vollzeitberufstätig. Für die mehrtägige Abwesenheit während meiner Reise nach Tübingen müsste er kurzfristig seine Arbeitszeiten ändern, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Dies erfordert zusätzliche organisatorische Maßnahmen und verursacht ggf. weitere Kosten bzw. Verdienstaussfall.

Ohne eine vorherige Vorschusszahlung ist es mir weder finanziell noch organisatorisch möglich, die Reise von Barcelona nach Tübingen rechtzeitig zu planen und durchzuführen. Ich bitte daher dringend um Gewährung des beantragten Vorschusses, damit ich meiner Zeugenpflicht nachkommen kann.

5. Hilfsweise: Alternative Vernehmungsformen

Sollte das Gericht den Vorschuss wider Erwarten nicht gewähren, rege ich hilfsweise an, meine Vernehmung im Wege der Videovernehmung gemäß § 128a ZPO durchzuführen oder alternativ eine schriftliche Zeugenaussage gemäß § 377 Abs. 3 ZPO zuzulassen. Ich bin selbstverständlich auch in diesem Fall bereit, umfassend und wahrheitsgemäß auszusagen.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Sophia Berger

PDF-Anhang: gerichtsschreiben_lg_tuebingen.pdf

Datei: gerichtsschreiben_lg_tuebingen.pdf

- Abschrift -

Landgericht Tübingen

-7- Landgericht Tübingen, Doblerstr. 14, 72074 Tübingen

Frau
Sophia Berger
Carrer de Mallorca 215, 3º 2ª
08008 Barcelona
SPANIEN

27.01.2026

Seite 1 von 2

Aktenzeichen

7 O 118/23

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin

Frau Krämer

Durchwahl

07071/200-1247

Sehr geehrte Frau Berger,

in dem Rechtsstreit
Hartmann gegen Vogt

nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben vom 17.01.2025.

Eine Vorschusszahlung auf die Reisekosten kommt nach Rücksprache mit der hiesigen Anweisungsstelle nicht in Betracht, da insbesondere eine Bedürftigkeit nicht dargelegt ist. Nach Ihren Angaben erzielen Sie ein Tageseinkommen von 176 € netto.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass Ihnen bei Vorlage vollständiger Belege der Ihnen zustehende Betrag noch am Tag der Vernehmung durch die Gerichtszahlstelle in bar ausgezahlt wird.

Fahrtkosten von 0,35 € je gefahrenem Kilometer sind nach Mitteilung der Anweisungsstelle erstattungsfähig.

Dies gilt auch für die Kosten zweier Übernachtungen in Tübingen, wobei die Obergrenze hier bei 80,00 € pro Nacht liegt. Die entsprechende Hotelrechnung muss vorgelegt werden. In dieser Preiskategorie sind nach vom Gericht durchgeführter Recherche über die Plattform booking.com auch tatsächlich Zimmer buchbar.

Für die Erstattung von Verdienstausschlag werden neben dem vollständig ausgefüllten Vordruck aussagekräftige Unterlagen in Deutscher Sprache benötigt, aus denen sich ergibt, dass und ggf. in welcher Höhe ein Verdienstausschlag tatsächlich entstanden ist.

Im Falle einer Selbständigkeit sind die Gewerbeanmeldung und Unterlagen zum erzielten Umsatz (z.B. BWA) vorzulegen.

Im Falle weiterer Rückfragen werden Sie gebeten, sich direkt an die hiesige Gebührenanweisungsstelle zu wenden.

Eine schriftliche Aussage oder eine Videovernehmung kommen aus verschiedenen Gründen des Prozessrechts nicht in Betracht.

Sie werden daher dringend gebeten, der Ladung Folge zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Fischer
Richterin am Landgericht

Beglaubigt
Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle
Landgericht Tübingen

Anschrift: Doblerstr. 14, 72074 Tübingen | Sprechzeiten: Mo.-Fr. 09:00-11:30 Uhr | Telefon: 07071/200-0 | Telefax: 07071/200-2900 | www.landgericht-tuebingen.justiz-bw.de

PDF-Anhang: schriftsatz_vorschussantrag.pdf

Datei: schriftsatz_vorschussantrag.pdf

Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH - Wagnmüllerstraße 23, 80538 München

An:
Landgericht Tübingen
Doblerstr. 14
72074 Tübingen
Deutschland
Per beA

Gottfried Weißgerber
Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Köthener Straße 2 – 3, 10963 Berlin
Wagnmüllerstraße 23, 80538 München
gweissgerber@klingsporn-rae.com
T +49 30 863 21 88 -0 | F +49 30 863 21 88 -21

Berlin, 23. Februar 2026
Unser Zeichen: 0162-2023

EILT! BITTE SOFORT VORLEGEN

Aktenzeichen: 7 O 118/23
Hartmann als IV ./I. Vogt

SCHRIFTSATZ ZUM VORSCHUSSANTRAG DER ZEUGIN BERGER

In dem Rechtsstreit Hartmann als Insolvenzverwalter ./I. Vogt nehmen wir namens und in Vollmacht des Klägers wie folgt Stellung zum Antrag der Zeugin Sophia Berger auf Gewährung eines Vorschusses auf ihre Zeugenentschädigung gemäß § 3 JVEG i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 JVEG:

Wir beantragen,

der Zeugin Sophia Berger gemäß § 3 JVEG einen angemessenen Vorschuss auf die ihr zustehenden Fahrtkosten (§ 5 JVEG) sowie die notwendigen Übernachtungskosten (§ 6 JVEG) zu gewähren, hilfsweise über den Vorschussantrag der Zeugin Berger unter Berücksichtigung der nachstehend dargelegten Gesichtspunkte erneut zu entscheiden.

I. Sachverhalt und Verfahrensstand

Die Zeugin Sophia Berger, wohnhaft in Spanien, ist für den am 19. Februar 2026 anberaumten Verhandlungstermin des Landgerichts Tübingen vor der 7. Zivilkammer (Az. 7 O 118/23) ordnungsgemäß geladen worden. Der Termin vom 19. Februar 2026 wurde – wie im Termin mündlich angekündigt – auf den 24. März 2026 vertagt, da die Zeugin am Vortag mitgeteilt hatte, dass sie wegen des nicht gewährten Vorschusses die Reise nicht rechtzeitig organisieren konnte, aber weiter willig ist, anzureisen und auszusagen, wie es ihre gesetzliche Pflicht ist.

Die Zeugin hat ihre Kosten im Einzelnen überzeugend berechnet, dargelegt und versichert: Die einfache Anreise aus Spanien beträgt 1.250 km, woraus Fahrtkosten in Höhe von je 0,35 Euro/km für Hin- und Rückreise (Gesamtstrecke 2.500 km) resultieren, also Fahrtkosten in Höhe von insgesamt

875,00 Euro (2.500 km x 0,35 Euro). Aufgrund der Entfernung und der Fahrzeit von ca. 13 Stunden je Strecke sind zwei Übernachtungen in Tübingen erforderlich (An- und Abreise), deren Kosten sie mit ca. 200,00 Euro ansetzt, was auch vernünftig und nachvollziehbar ist. Das Landgericht Tübingen hat in seinem Schreiben vom 27. Januar 2026 die Erstattungsfähigkeit von Fahrtkosten in Höhe von 0,35 Euro/km sowie der Übernachtungskosten bis zu einer Obergrenze von 80,00 Euro pro Nacht ausdrücklich bestätigt. Den beantragten Vorschuss hat das Gericht unter Hinweis auf fehlende Bedürftigkeit der Zeugin abgelehnt.

Diese Ablehnung der diesbezüglichen Vorschusszahlung ist rechtswidrig und verstößt gegen den Wortlaut von § 3 JVEG, wonach es auf die Bedürftigkeit gerade nicht ankommt bei einem Vorschuss für Fahrtkosten und Übernachtung und im konkreten Fall etwaiges Ermessen auf null reduziert ist. Das Gericht wird ersucht, seine rechtsfehlerhafte Entscheidung, den Vorschuss insoweit nicht zu gewähren, sofort zu korrigieren.

In beiden Schreiben – im ersten Schreiben vom 17. Januar 2026 (Eingang beim Landgericht Tübingen am 21. Januar 2026) wie auch im zweiten Schreiben per Telefax vom 18. Februar 2026, das dem Gericht am 19. Februar 2026 vorlag – hat die Zeugin jeweils ausdrücklich und unmissverständlich geltend gemacht und damit beantragt, ihr den Vorschuss (im Sinne und gemäß § 3 JVEG zu gewähren). In beiden Schreiben betont die Zeugin gleichermaßen ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihrer Zeugenpflicht nachzukommen, und schildert nachvollziehbar und detailliert, warum ihr eine Anreise ohne vorherige Kostendeckung nicht zumutbar und praktisch nicht möglich ist. Der Kläger unterstützt den Vorschussantrag der Zeugin ausdrücklich und vollumfänglich. Die in beiden Schreiben dargelegte Begründung der Zeugin ist in sich schlüssig, nachvollziehbar und durch die Aktenlage gedeckt.

Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Zeugin Berger die Unwahrheit sagt oder nicht willens ist, zu erscheinen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zeugin hat sich in beiden Schreiben konstruktiv verhalten, ihre Bereitschaft zur Aussage ausdrücklich bekundet und dem Gericht eine realistische Alternative (Videovernehmung, schriftliche Aussage) angeboten. Sie zeigt sich kooperativ und bemüht, ihrer gesetzlichen Zeugenpflicht nachzukommen. Zugleich ergibt sich aus ihren Darlegungen überzeugend, dass sie auf den Vorschuss tatsächlich angewiesen ist – und zwar nicht im Sinne eines Bedürftigkeitsnachweises nach § 114 ZPO, sondern im Sinne des § 3 JVEG, der gerade die objektiv erhebliche finanzielle Vorleistung als Maßstab anlegt und die Zeugin schützt, indem er sie davor bewahrt, für die Erfüllung ihrer staatlichen Pflicht in Vorleistung treten zu müssen.

II. Rechtliche Würdigung: Die Voraussetzungen des § 3 JVEG für eine Vorschussgewährung sind erfüllt

1. Gebundene Entscheidung: „Ist zu bewilligen“ – kein Ermessen des Gerichts

§ 3 JVEG lautet: „Auf Antrag ist ein angemessener Vorschuss zu bewilligen, wenn dem Berechtigten erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden oder wenn die zu erwartende Vergütung für bereits erbrachte Teilleistungen einen Betrag von 1.000 Euro übersteigt.“ Die Formulierung „ist zu bewilligen“ normiert eine gebundene Entscheidung ohne Ermessen. Das Gericht kann bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen die Gewährung des Vorschusses nicht versagen. Namentlich setzt § 3 JVEG als Anspruchsvoraussetzung ausdrücklich lediglich dreierlei voraus: (1) einen Antrag des Berechtigten, (2) voraussichtlich entstehende oder bereits entstandene Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen sowie (3) die Erheblichkeit dieser Kosten. Eine Bedürftigkeit der Zeugin ist im Wortlaut des § 3 JVEG nicht vorgesehen und stellt keine

gesetzliche Voraussetzung der Vorschussgewährung dar. Das Gericht und die Kostenbeamten in der Anweisungsstelle sind rechtsfehlerhaft davon ausgegangen, dass es bei § 3 JVEG auch auf die Bedürftigkeit ankommt.

2. Die Fahrtkosten sind in evidenter Weise „erheblich“ im Sinne des § 3 JVEG

Die hier geltend gemachten Fahrtkosten in Höhe von 875,00 Euro sind in evidenter Weise erheblich im Sinne des § 3 JVEG. Zum Begriff der „Erheblichkeit“ ist auf die maßgebliche Kommentarliteratur zu verweisen:

„Berechtigte können einen Vorschuss für die Fahrtkosten (§ 5) erhalten, wenn Fahrtkosten entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Kosten erheblich sind. Erheblich ist ein Betrag schon dann, wenn er bei durchschnittlichen Vermögensverhältnissen nicht mehr unerheblich, nicht mehr geringfügig ist. (...) Es kommen (...) Kriterien in Betracht wie bspw. die Entfernung der Reise zwischen Aufenthalts- und Terminsort und die Dauer der Abwesenheit von Zuhause. Auf keinen Fall darf der Antragsteller gezwungen werden, Fremdmittel zur Finanzierung der Reise in Anspruch zu nehmen.“ (BeckOK KostR/Bleutge, 51. Ed. 1.12.2025, JVEG § 3 Rn. 1)

„Erheblich müssen sowohl die Fahrtkosten als auch die sonstigen Aufwendungen sein. Das Merkmal enthält zunächst eine objektive Komponente, sodass Kosten ab 250 Euro regelmäßig erheblich sind.“ (Dörndorfer/Schmidt/Zimmermann/Schmidt, 6. Aufl. 2025, JVEG § 3 Rn. 2)

„Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass auch bei guten wirtschaftlichen Verhältnissen ein Fahrtkostenvorschuss zu gewähren ist, wenn hohe Fahrtkosten entstehen, da „erheblich“ nicht nur die subjektiven Verhältnisse meint, sondern auch die tatsächliche Höhe der Kosten, wobei hier von erheblichen Fahrtkosten auszugehen ist, wenn diese einen Betrag von 200 bis 250 EUR übersteigen.“ (Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 26)

„Soweit eine Übernachtung notwendig wird, ist ein Vorschuss auch auf die unbedingt notwendigen Übernachtungskosten“ zu gewähren. (Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 31)

Die hier konkret entstehenden Fahrtkosten von 875,00 Euro übersteigen die von der Kommentarliteratur einhellig angesetzte Erheblichkeitsschwelle von 200 bis 250 Euro mehr als dreifach. Hinzu kommen notwendige Übernachtungskosten, die das Gericht selbst dem Grunde nach als erstattungsfähig anerkannt hat (bis zu 80,00 Euro pro Nacht für zwei Nächte, also bis zu 160,00 Euro). Allein die Fahrtkosten und die anerkannten Übernachtungskosten zusammen belaufen sich auf mindestens 1.035,00 Euro – ein Betrag, der auch bei überdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen objektiv erheblich ist. Die Erheblichkeitsschwelle ist damit bezüglich beider Kostenarten – Fahrtkosten und Übernachtungskosten – eindeutig überschritten.

3. Bedürftigkeit ist keine Tatbestandsvoraussetzung des § 3 JVEG – die ablehnende Entscheidung war rechtsfehlerhaft

Das Gericht hat den Vorschussantrag der Zeugin mit der Begründung abgelehnt, eine Bedürftigkeit sei nicht dargelegt, da die Zeugin ein Tageseinkommen von 176,00 Euro netto erziele. Diese Begründung ist mit dem Wortlaut und dem systematischen Regelungsgehalt des § 3 JVEG nicht vereinbar. § 3 JVEG stellt – anders als etwa § 114 ZPO beim Prozesskostenhilfverfahren – gerade keine

Bedürftigkeit des Antragstellers als Anspruchsvoraussetzung auf. Das Gesetz fordert lediglich erhebliche (voraussichtliche) Fahrt- oder sonstige Kosten. Auch BeckOK KostR/Bleutge, 51. Ed. 1.12.2025, JVEG § 3 Rn. 1, stellt klar, dass eine Beurteilung der Erheblichkeit nach den objektiven Verhältnissen vorzunehmen ist. Ebenso betont Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 26, dass der Vorschuss „auch bei guten wirtschaftlichen Verhältnissen“ zu gewähren ist, wenn die tatsächliche Höhe der Kosten 200 bis 250 Euro übersteigt. Soweit das Nettotageeinkommen der Zeugin überhaupt für die Erheblichkeitsbeurteilung relevant ist, kann die alleinige Betrachtung des Bruttoeinkommens ohne Rücksicht auf laufende Ausgaben und feste Verbindlichkeiten – wie die Zeugin zu Recht hervorhebt – nicht maßgebend sein. Die Zeugin hat glaubhaft dargelegt, dass sie die erheblichen Reisekosten nicht vorfinanzieren kann, was angesichts der erheblichen Kosten auch der Vorschusspflicht nach § 3 JVEG entspricht.

4. Ermessensreduzierung auf Null: Anreise aus dem Ausland über mehr als 1.000 km

Selbst wenn man entgegen dem eindeutigen Wortlaut des § 3 JVEG einen gewissen Beurteilungsspielraum für das Gericht bei der Erheblichkeitsbeurteilung annähme, wäre dieser im vorliegenden Fall auf Null reduziert. Denn die für die Erheblichkeit heranzuziehenden Kriterien – namentlich die enorme Entfernung des Aufenthaltsorts vom Terminsort (über 1.000 km einfache Strecke mit dem PKW aus Spanien), die Notwendigkeit mehrtägiger Abwesenheit, die erhebliche finanzielle Vorleistung, die erforderliche Reiseplanung über Ländergrenzen sowie die familiäre Situation der Zeugin mit Ehemann und zwei kleinen Kindern, die zusätzliche organisatorische Maßnahmen erfordert – sprechen sämtlich und eindeutig für die Erheblichkeit und damit für die Pflicht zur Vorschussgewährung. Alle relevanten Kriterien, die BeckOK KostR/Bleutge, aaO, namentlich „die Entfernung der Reise zwischen Aufenthalts- und Terminsort und die Dauer der Abwesenheit von Zuhause“ nennt, sind hier in maximaler Ausprägung erfüllt.

5. Familiäre Situation der Zeugin ist bei der Erheblichkeitsbeurteilung zu berücksichtigen

Die Zeugin hat nachvollziehbar und detailliert dargelegt, dass ihr vollzeitberufstätiger Ehemann kurzfristig seine Arbeitszeiten ändern müsste, um die Betreuung der gemeinsamen kleinen Kinder sicherzustellen. Diese familiäre Situation verstärkt die Erheblichkeit der mit dem Termin verbundenen Belastung für die Zeugin und ihre Familie erheblich. Die Zeugin erfüllt ihre Zeugenpflichten gesetzestreu und hat ausdrücklich ihre Bereitschaft zur persönlichen Erscheinung und zur Aussage bekundet. Es ist der Zeugin jedoch nicht zumutbar, zusätzlich zur erheblichen zeitlichen und organisatorischen Belastung auch eine substantielle finanzielle Vorlage zu erbringen, deren Rückerstattung sie erst nach dem Termin erwarten kann.

III. Interesse des Klägers: Wahrheitsfindung, Gewährleistung des rechtlichen Gehörs und effektiver Justizgewährleistungsanspruch

Als Partei des Rechtsstreits hat der Kläger ein legitimes Interesse an der Vorschussgewährung. Die Zeugin Berger ist eine zentrale Zeugin im Rechtsstreit. Sie hat die streitgegenständlichen Bitcoins an den Beklagten übertragen und kann dies aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Ihre Aussage vor Gericht ist für die Wahrheitsfindung und die abschließende Beurteilung des Sachverhalts von wesentlicher Bedeutung. Die Zeugin hat in ihrem Schreiben vom 17. Januar 2026 ausdrücklich bestätigt, dass sie den Transfer von Bitcoins an den Beklagten Vogt vorgenommen und dazu mehrfach und auch polizeilich ausgesagt hat und dazu weitere Beweismittel vorliegen; außerdem hat sie den behaupteten Treuhandvertrag zwischen Berger und Alvarez als ihr gänzlich unbekannt bezeichnet, was für den Kläger überaus relevant ist, da der Beklagte seine Verteidigung im Wesentlichen auf den

widerlegten, da fingierten Treuhandvertrag stützt.

Die Verweigerung des Vorschusses gefährdet die Teilnahme der aussagebereiten Zeugin am Termin und damit die Durchsetzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz des Klägers aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG (**Justizgewährleistungsanspruch**). Das Recht auf effektiven Rechtsschutz und auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) des Klägers wäre verletzt, wenn eine aussagebereite, entscheidungserhebliche Zeugin allein infolge rechtswidriger Verweigerung des gesetzlich vorgesehenen Vorschusses nicht erscheinen kann. Das Gericht ist nach § 3 JVEG gerade deshalb verpflichtet, den Vorschuss zu gewähren, damit Zeugen ihrer Ladung tatsächlich Folge leisten können, ohne mit erheblichen Kosten in Vorleistung treten zu müssen. Die Vorschussregelung des § 3 JVEG dient mittelbar auch dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme (§ 355 ZPO) und dem Anspruch der Parteien auf vollständige Sachverhaltsaufklärung. Es wäre mithin ein erheblicher Verfahrensfehler des Gerichtes, der das Recht des Klägers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzen würde, wenn das Gericht den Vorschuss für die Fahrtkosten und die Übernachtung nicht gewährt; was der Kläger ggf. auch im Rahmen einer Anhörungsrüge sofort geltend machen würde.

IV. Ergebnis und Zusammenfassung

Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 3 JVEG für eine Vorschussgewährung sind im vorliegenden Fall sämtlich erfüllt. Die Zeugin hat einen Antrag gestellt. Ihr entstehen nach gerichtlicher Bestätigung dem Grunde nach erstattungsfähige Fahrtkosten von 875,00 Euro sowie Übernachtungskosten. Diese Kosten sind mit 875,00 Euro (Fahrtkosten) zzgl. bis zu 160,00 Euro (Übernachtungskosten) in einer Gesamthöhe von mindestens 1.035,00 Euro objektiv erheblich i.S.d. § 3 JVEG und übersteigen die in Rechtsprechung und Literatur anerkannte Erheblichkeitsschwelle von 250,00 Euro mehr als dreifach. Die Bedürftigkeit der Zeugin ist insoweit keine Tatbestandsvoraussetzung des § 3 JVEG. Das Ermessen, wenn überhaupt vorhanden, des Gerichtes, ist auf null reduziert wegen der großen Entfernung, hohen Kosten und der Auslandsberührung. Die ablehnende Entscheidung des Gerichtes der Gebührenanweisungsstelle, die allein auf die Bedürftigkeit abgestellt hat, war demnach rechtsfehlerhaft und verletzt die Zeugin Berger und auch den Kläger in ihren Rechten.

Wir bitten daher das Gericht, dem Vorschussantrag der Zeugin Berger zumindest hinsichtlich der Fahrtkosten (875,00 Euro) und der Übernachtungskosten (bis zu 160,00 Euro gemäß der gerichtlicherseits bestätigten Obergrenze von 80,00 Euro pro Nacht) stattzugeben, hilfsweise die Sache der Gebührenanweisungsstelle/den Kostenbeamten zur erneuten Entscheidung unter Berücksichtigung der vorstehenden rechtlichen Ausführungen vorzulegen. Die Zeugin hat in beiden Schreiben ausdrücklich erklärt und glaubhaft gemacht, ohne vorherige Kostendeckung nicht erscheinen zu können.

Im Hinblick auf den nunmehr auf den 24. März 2026 verlegten Termin sollte der Zeugin der Vorschuss rechtzeitig – also sofort! - gewährt werden, damit sie ihre Anreise planen und den Termin wahrnehmen kann. Eine Vorschussgewährung ist damit zugleich die notwendige Voraussetzung für die Durchführbarkeit der Beweisaufnahme mit der Zeugin Berger am neuen Terminstag. Es wird gebeten, die Zeugin von jeder Entscheidung und Termin-Festlegung/Zeugenladung vorab auch per E-Mail (**die E-Mail-Adresse der Zeugin liegt dem Gericht vor**) sofort zu unterrichten, nicht nur per eingeschriebenen Brief, im Sinne des Beschleunigungsgrundsatzes und um die Zeugenbefragung effektiv zu ermöglichen.

Wir bitten, alle Zustellungen per besonderem elektronischen Anwaltspostfach (beA) nur an den bevollmächtigten Rechtsanwalt Gottfried Weißgerber (80538 München) vorzunehmen, dessen

SAFE-ID lautet: DE.BRAK.b371cde8-1a03-4b97-b4f1-d28a8c3fce3b.e942

Rechtsanwalt
Gottfried Weißgerber
Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Geschäftsführung: Siegfried Klingsporn . Dr. Hildegard Dornbusch . Dr. Ehrentraud Wackenroder, LL.M. Eur. . Friedhelm Rothenbach, LL.M. . Dr.
Willibald Greiffenberg . Kunigunde Eisenhart
Amtsgericht München . HRB 250258 . USt-IdNr. DE32 5596 802
Bankverbindung: Münchner Bank eG . IBAN DE91 7019 0000 0102 7085 15 . BIC GENODEF1M01